

Arbeiter-Zeitung

Kein Betrieb ohne Delegierte
Zur Delegierten-Konferenz
für Groß-Breslau!

Erst seit 1881
Wöchentlich 42
Botenlohn = 2
monatlich 2,15
gehobene
sammlungsangelegenheiten
metergeld oder
Hauptredaktion in
Breslau, in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schotländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krennauer Straße 50, Fernsprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Krennauer Straße 50 (Vorberghaus). Fernsprecher 489 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsanstalt:** Breslau. — **Verlag:** Schlesiensche Verlags-Gesellschaft m. B. & Co., Breslau 10, Krennauer Straße 50. Fernsprecher 460 89.

KPD. erzwingt Reichstagsbeschluss gegen Notverordnung und Papen — Reichstag aufgelöst

Nur Antifaschistische Aktion in den Betrieben bringt Notverordnung zu Fall

Durch glänzenden Handstreich hat die kommunistische Reichstagsfraktion im Namen aller Notverordnungsopfer dem Reichskanzler v. Papen gestern im Parlament das Wort zur Begründung seiner Hungernotverordnung abgeschnitten und durch die von der KPD-Fraktion erzwungene Abstimmung mit 513 gegen 32 Stimmen gegen die Regierung Papen und ihre Notverordnungen herbeigeführt. Die Regierung hat den Reichstag aufgelöst.

Das haben sie sich alle so einfach gedacht: Die Regierung, die volljährig mit ihrem Preußenkommissar Bracht angerückt kam, um den rhetorischen Erfolg ihres Chefs zu genießen, und morgen in die Welt hinauszupoltern, die dreimal erbärmlichen Kuhhändler der Nazis und des Zentrums, die die Lage der kommenden Debatte ausnutzen wollten, um ihre Kullenschiebungen zum Erfolg zu führen. Sie wollten am Donnerstag vor Herrn von Hindenburg treten, um ihm zu sagen, daß auch sie ein Präsidial-Kabinett bilden können, daß auch sie für die Niederschlagung der Arbeiterbewegung seien, daß auch sie alle Notverordnungen gegen das werttätige Volk durchzuführen bereit sind.

So hatten sie es sich gedacht... Aber es kam anders. Mitten in den Kuhhandel hinein pläzte der überraschende Angriff der kommunistischen Reichstagsfraktion, die das Parlament als revolutionäre Tribüne benutzte und über die Köpfe der zähneknirschenden Regierung und der arbeiterfeindlichen Abgeordneten hinweg zum Volk redete und es zum Kampf rief.

Angst und Bange wurde, den Kapitalisten vom Zentrum und den veräulerten Naziführern, die täglich hinter verschlossenen Türen beim Koalitionschef zusammenhocken, als Genosse Ernst Torgler im Namen der KPD-Fraktion erklärte, daß es die Kommunisten verflucht wenig interessiert, was der Herr Reichskanzler zur Begründung seiner Notverordnung vorzubringen hat, daß morgen schon den werttätigen Massen, vor allem den Betriebsarbeitern, den Angestellten und dadurch auch den breiten Schichten des kleinen Mittelstandes Verderben bringende Lasten auferlegt werden sollen und daß Pflicht und Ehre gebieten, diesen Anschlag junichte zu machen. Nicht der Kanzler der Notverordnungen soll reden, sondern das Parlament muß sofort, muß im Augenblick entscheiden, daß die Notverordnungen aufgehoben werden und die Regierung, die sie erlassen hat, gestürzt wird.

Die Kommunisten brechen in stürmischem Beifall, in lang anhaltendem Händeklatschen aus. Sie haben hier die Forderung überbracht, die duzende Millionen in Deutschland erheben. Sie haben in führender revolutionärer Initiative jetzt das Geschick des Handels diktiert.

Der Nazi-Goering oben auf seinem Präsidentenstuhl ist völlig hilflos. Er und mit ihm die 230 Nazis haben nur den einen Gedanken, die eine Hoffnung: „Werden die Deutschnationalen den angekündigten Widerspruch gegen die Abstimmung über die kommunistischen Anträge erheben, damit wir nicht gezwungen sind, gegen die Notverordnung und damit gegen Hindenburg, der sie unterzeichnete, zu stimmen?“

Aber die Deutschnationalen taten ihren Harzburger Brüdern nicht den Gefallen. Minutenlange Verwirrung. Bis endlich Nazi-Friedl aufspringt und durch den Antrag auf halbblindige Vertagung den letzten Versuch macht, das drohende Geschick abzuwenden. Die Vertagung wird von der Bürgerblutmehrheit beschlossen. Bei den Nazis geht es drunter und drüber. Sie schreien sich in dichtgeballten Gruppen gegenseitig an.

Aber unter dem Druck des Volkes, das in ganz Deutschland mit gespanntem Blick verfolgt, was in diesem Parlament vor sich geht, wagen die Nazis nicht, Widerspruch gegen die Abstimmung der kommunistischen Anträge zu erheben, wie sie es möchten. Schnell holt sich Goering die letzte Instruktion bei Sträher und Goebbels. Da betritt auch schon die Regierung im Gänsemarsch wieder den Saal, an der Spitze Papen, der unter dem Arm die berühmte rote Mappe trägt, aus der die Kanzler das Dekret über die Reichstagsauflösung zu entnehmen pflegen. Im Saal und auf den Tribünen brandet die Erregung auf.

Die Sitzung wird eröffnet. Goering erklärt, daß, da kein Widerspruch erhoben worden sei, er jetzt zur Abstimmung über die kommunistischen Anträge schreite.

In diesem Augenblick erhebt sich der Kanzler, begibt sich zum Präsidentenstuhl und legt Goering ein Blatt Papier, die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten Hindenburg, vor.

Die Abstimmung wird trotzdem fortgesetzt, da die Regierung kein Recht hat, in den Abstimmungsakt einzugreifen und er gibt das Resultat, daß die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnungen

und für das Mißtrauensvotum gegen die Papen-Regierung bei 50 Stimmenthaltungen mit 513 gegen 32 Stimmen angenommen werden.

Damit ist die Regierung vom Parlament gestürzt und ihre Notverordnung aufgehoben. Aber SPD. und Zentrum beeilen sich, Papen zu Hilfe zu eilen und sein Auflösungsdekret als berechtigt anzuerkennen. Die Auflösung ist perfekt.

Nun wohlan! Die kommunistische Partei wird den Kampf gegen die Notverordnung, den sie im Parlament so brillant durchgeführt hat, jetzt ins Volk hineintragen. Die Tribünen, auf die wir jetzt, mehr noch als bisher, steigen, das sind die Massenversammlungen in den Arbeiterquartieren, das sind die Kundgebungen der Betriebe und Stempelstellen, die jetzt das Wort und die Tat haben.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat durch ihr Vorgehen gestern die Parteien aller Richtungen gezwungen, Farbe zu bekennen. Sie hat Papen nicht erlaubt, eine Propagandarede für seine Notverordnungen zu halten. Ihr Angriff hat wie ein Blitzschlag in die Kuhhändlerbande eingeschlagen. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat so gehandelt und konnte so handeln, weil hinter den 80 kommunistischen Abgeordneten der revolutionäre Aufschwung des arbeitenden deutschen Volkes steht.

Antifaschisten Berlins und ganz Deutschlands! Mobilisiert jetzt das ganze schaffende Volk! Sagt ihm, daß die kommunistische Partei die einzige Partei ist, die nichts zu verbergen, nichts zu verheimlichen hat, weil ihre ganze Politik nur auf das Wohl des arbeitenden Volkes bedacht ist.

Brandmarkt vor aller Welt die Partei der Nationalsozialisten, deren Goebbels vor dem 31. Juli den Befehl gegeben hat, Papen nicht anzugreifen, und deren Hitler einen ausdrücklichen Pakt für die Tolerierung mit Notverordnungs-Papen abgeschlossen hat! Brandmarkt die Partei der Nationalsozialisten, deren Hitler, Göring, Frick, Goebbels und Sträher sich seit 4 Wochen, ach, seit viel längerer Zeit schon mit der Partei des Notverordnungs-Kanzlers Bräutigam in gemeinsamen Beratungen herumdrücken, gemeinsame Erklärungen mit dieser Notverordnungs-Partei herausgegeben haben und mit ihr eine gemeinsame Regierung bilden wollen. Brandmarkt diese Partei, deren Führer sich mit Haut und Haaren dem kapitalistischen System verschrieben haben! Geht hin zu den Naziwählern, zu den Betrügnern und zum Teil schon

Streiksieg der Aron-Belegschaft in Schweidnitz

(Siehe 2. Seite)

rebellierenden SA-Leuten und sagt ihnen, wie sie von den Grafen, Baronen und sonstigen Büdenbewohnern in ihrer Führung mißbraucht werden! Reißt sie zur roten Front herüber!

Haltet Abrechnung mit den Führern der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften. Sie sabotieren die Streiks gegen die Regierung und ihre Notverordnung und damit tolerieren sie Papen. Haltet Abrechnung mit diesen Severing, Wels und Leipart, die jede oppositionelle Tat gegen das Regime von heute zu unterbinden versuchen!

Das ganze Volk, soweit es nicht Dividenden schluckt und dem Abelsklub angehört, steht in Front gegen die Regierung. Aber die Herren Papen und Schleicher haben gestern gezeigt, daß sie parlamentarisch sich nicht stützen lassen, daß sie freiwillig nicht abtreten, daß sie darauf bestehen, wenn 60 Millionen donnernd rufen: Fort mit der Notverordnung!

Die kapitalistische Offensive wird fortgesetzt — nun, so muß das Proletariat zur Gegenoffensive schreiten. Und schon brechen in zahlreichen Gebieten und Betrieben Streiks gegen die Notverordnung aus.

Jetzt sammelt euch unter den Fahnen der einzigen Kampfpartei des werttätigen Volkes, unter den roten Fahnen, die durch keinen Arbeiterverrat, durch kein Bündnis mit kapitalistischen Mächten befleckt sind! Von heute ab muß das Volk seine Kraft einsetzen. Das Ziel steht vor euch:

Nieder mit den Hungernotverordnungen!

Fort mit der Regierung Papen!

Her mit der Arbeiter- und Bauernrepublik!

So stieß die kommunistische Fraktion vor!

Torglers Kampfreda

Kaum hatte Nazi-Goering die üblichen Eingangsförmlichkeiten erledigt, da ergriff Genosse Ernst Torgler im Namen der kommunistischen Reichstagsfraktion das Wort zu folgender Antrags-erklärung:

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“. Diese Tagesordnung ist vor etwa 14 Tagen in der Kestener-Ratsitzung festgesetzt worden, an jenem Tage, wo hier die Eröffnung des Reichstags erfolgte. Zwischenzeitlich ist in der vorigen Woche die Notverordnung verkündet worden, jene Notverordnung, die zwar für die Besitzenden ungeheuerliche, riesige Geschenke bedeutet, die aber für die Werttätigen, für die Arbeiter, Belastungen schlimmster Art bringt. (Sehr wahr! bei den Komm.) Belastungen, die für sie den absoluten Hunger, die Vernichtung ihrer Lebensexistenz bedeuten. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Es ist nun vorgelesen, dem Herrn Reichskanzler v. Papen hier die Gelegenheit zu geben — ich weiß nicht, über sein Wirt-

schaftsprogramm, über die Krisenwende und über die Wirtschaftsankurbelung zu reden.

Wir sind der Meinung, daß das Schicksal der Arbeiterklasse es nicht zuläßt und es nicht duldet, daß hier auch nur ein Tag verstreicht, ehe nicht Stellung zu den Anträgen auf Aufhebung dieser Notverordnung vom 4. September genommen wird. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Das Schicksal der Werttätigen kann nicht abgestellt werden auf jene Absicht der Regierung, den Reichstag aufzulösen, auf jene parlamentarischen Koalitionsverhandlungen zur Rettung der Demokratie und des Parlaments; früher nannte man so etwas „Kuhhandel“, nicht wahr, meine Herren Nationalsozialisten? (Heiterkeit.) Das Schicksal der Arbeiterklasse vermag es nicht, daß ein solches Spiel mit ihren Lebensinteressen getrieben wird. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Wir beantragen daher, die Tagesordnung umzugestalten und als ersten Punkt — und zwar ohne Aussprache, wir verzichten auf jedes Wort der Begründung — unsere Anträge Nr. 118 und 119 auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir beantragen, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen unseren Mißtrauensantrag gegen diese Regierung von Papen. (Händeklatschen bei den Komm.)

Wir wissen, daß geschäftsmäßig...

Das Auflösungsdekret

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung
Weiß ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht,
daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verord-
nung vom 4. September verlangt.

gez. v. Hindenburg,

Streikrieg der Iron-Belegschaft

Schweidnitz, 13. September. Die Belegschaft der Iron-Werke — rund 600 Personen — hat heute morgen die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen.

Die Belegschaft des größten bestreikten Betriebes hat gleichfalls einen glänzenden Streikrieg errungen. Die Direktion ist mit der Waffe des Streiks auf die unne gezwungen worden. Auch die Kollegen der Iron-Werke haben den Lohnraub auf ihre Hungerlöhne abgewehrt. Die Unternehmer aller Industrien rufen auf Grund der letzten Notverordnung der Regierung Papen zu einem Generalangriff auf die Arbeiterlöhne und Gehälter der kleinen Angestellten.

Auch dieses neue Beispiel der Belegschaft der Iron-Werke muß für alle Betriebsbelegschaften wegweisend sein. Überall müssen die Proleten den Streikrieg gegen jeden Pfennig Lohnraub, gegen jede Verschlechterung des Tarifvertrages organisieren. Die Belegschaften der noch bestreikten schlesischen Metallbetriebe müssen im Kampfe bis zum vollen Siege verharren. Wir fordern die Arbeiterklasse auf, mit ihren streikenden Kollegen aktive Solidarität zu üben. Die Erwerbslosen dürfen sich keineswegs als Streikbrecher mißbrauchen lassen. Sie müssen dem Beispiel der Waldenburger Erwerbslosen folgen, die geschlossenen Streikbrucharbeit abgelehnt hatten.

Ziegler aus der SAP. ausgetreten Zurück zur Hindenburg-SPD. Und ihr SAP.-Arbeiter, kommt zur Partei Lenins!

Breslau, 13. September. Wie wir erfahren, hat der Gewerkschaftssekretär des DMV, Ziegler, seinen Austritt aus der SAP. erklärt. Die Mitgliedschaft hatte in ihrer Mehrheit in der am Mittwoch vergangener Woche abgehaltenen Mitgliederversammlung der SAP. den Ausschluß Zieglers deshalb gefordert, weil die SAP.-Arbeiter der Meinung sind, daß Ziegler auf dem Verbandstag des DMV. in Dortmund die Interessen der Arbeiterklasse nicht vertreten habe. Die Edstein und Kirstein hatten es verstanden, die Mehrheit gegen Ziegler in eine Minderheit umzuwandeln. Die Edstein und Kirstein haben Ziegler gegen die berechtigten Angriffe der SAP.-Arbeiter in Schutz genommen.

Wir haben bereits in der „Arbeiter-Zeitung“ in dem Bericht über die Vertreterversammlung des DMV. in Breslau hingewiesen, daß Ziegler auf dem Wege zur SPD. sei. Wir haben recht behalten! Ziegler, der „Vater der SAP.“, ist zur Hindenburg-SPD. zurückgekehrt. Die Edstein und Kirstein werden ihm folgen. Wir weisen die SAP.-Arbeiter nochmals auf die verbrecherische Rolle der SAP.-Führer zur Verhinderung der kämpfenden Einheitsfront hin und fordern sie auf, mit diesen Agenten von Wels und Co. endlich Schluß zu machen und zur Partei Lenins, Liebknechts und Rosa Luxemburgs zu kommen, um in der Front der Antifaschistischen Aktion zu kämpfen, für den Sieg des Sozialismus.

SAP.-Führer verleumdete Rote Hilfe

Die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte in ihrer Nummer vom 10. September einen Aufruf des Parteivorstandes der SAP. „für überparteiliche Solidarität“, für ihren eigenen „Solidaritätsladen“.

Der SAP.-Vorstand glaubt mit Verleumdungen gegen die Rote Hilfe besonders „werbend“ für seinen Laden zu wirken. In dem „Aufruf“ heißt es unter anderem: „Dorum ist mehr als je eine wirklich überparteiliche Hilfsorganisation notwendig, die allen Opfern der bürgerlichen Klassenjustiz und des faschistischen Terrors in gleicher Weise hilft und die allen antifaschistischen Arbeitern und allen freischichtlichen Gefinnenen ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit in gleicher Weise offensteht. Die Rote Hilfe, die einmal eine solche überparteiliche Hilfsorganisation war, hat durch den Ausschluß und die Maßregelung oppositioneller Kommunisten sowie durch ihr Verhalten in einer Reihe von Fällen, wo oppositionelle Kommunisten und Revolutionäre von der bürgerlichen Klassenjustiz angegriffen wurden, die überparteiliche Solidarität aufgegeben.“

Wir weisen diese infame Verleumdung gegen die Rote Hilfe auf das entschiedenste zurück. Wir fragen die SAP.-Arbeiter: Warum verleumdete die Seydewitz und Co. auch noch die Rote Hilfe, die seit ihrem Bestehen allen revolutionären Opfern der Klassenjustiz und des weissen Terrors hat Hilfe und Unterstützung zuteil werden lassen? Weil diese Leute als Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung und Saboteure der roten Einheitsfront auch die Rote Hilfe als einzige überparteiliche proletarische Solidaritätsorganisation schädigen wollten. Die Rote Hilfe hatte seinerzeit nicht Kommunisten, sondern Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung aus ihren Reihen ausgeschlossen. Und das mit vollem Recht!

Auch diese Verleumdung gegen die Rote Hilfe wird keine Früchte tragen, weil die Rote Hilfe durch ihre praktische Tätigkeit tagtäglich beweist, daß sie die Solidaritätsorganisation der Tat ist. Die SAP.-Arbeiter, die noch nicht Mitglieder der Roten Hilfe sind, müssen es noch werden. Die Sondergerichtsjustiz wütet gegen alle Antifaschisten und deshalb müssen alle Werktätigen durch ihre Mitgliedschaft in der Roten Hilfe praktische Solidarität üben.

Metallarbeiter-Lehrlinge, in die Streikfront!

In Schlesien stehen 2500 Metallarbeiter im Kampf gegen einen Lohnabbau von 15 Prozent. Dieser Streik hat für die gesamte Arbeiterklasse Schlesiens und insbesondere für die Jungarbeiterklasse eine große Bedeutung. Der Lohnabbau in allen Industriezweigen, in allen Betrieben steht bevor; der gesamten Belegschaft bei Bierig in Langenbielau ist bereits zum 15. September gekündigt worden. Überall soll der Lohnabbau durchgeführt werden.

Der Streik der Metallarbeiter ist ein Vorpostengefecht, und gerade deswegen hat er eine besondere Bedeutung. Gelingt es dem Arbeitermehrwert, den Lohnabbau bei den Metallarbeitern durchzuführen, so werden sie um so brutaler in den anderen Industriezweigen vorgehen. Von den reformistischen, christlichen und kirchlichen Gewerkschaften wird der Streik sanktioniert, mit dem Ziel, ihn so schnell wie möglich zu einer Niederlage zu führen. Die ganze Streikführung bringt dieses bereits zum Ausdruck.

Eine wesentliche Rolle in den Metallbetrieben spielen die Lehrlinge. Schon beim letzten Metallarbeiterstreik in Breslau zeigte es sich bei Linke-Hofmann, daß die Lehrlinge mit den Meistern zusammen die notwendige Arbeit im Betrieb durchführten und so als Streikbrecher mißbraucht wurden. In allen bestreikten schlesischen Metallbetrieben stehen heute ebenfalls noch die Lehrlinge im Betrieb. Die DMV.-Bürokratie versucht mit allen Mitteln und Maßnahmen zu verhindern, daß auch die Lehrlinge in den Streik treten. Aber auch bei den revolutionären Arbeitern zeigt sich noch eine sehr große

Unterjähigung der Rolle und Bedeutung der Lehrlinge; auch sie setzen nicht alles daran, um die Lehrlinge in den Kampf mit einzubeziehen.

Die Reformisten benutzen als Argument gegen den Streik der Lehrlinge den individuellen Lehrvertrag, der das Streiken verbietet. Der Berliner Metallarbeiterstreik im vergangenen Jahre zeigt uns aber, daß trotz Lehrvertrag tausend Lehrlinge in diesen Streik mit einbezogen waren. In den letzten Wochen haben in einer Reihe von Betrieben die Lehrlinge unter Führung der KPD-Jugend und des kommunistischen Jugendverbandes erfolgreich gestreikt. Ein besonders gutes Beispiel eines Lehrlingsstreiks war in den Deutschen Industriebetrieben in Spandau. Hier haben 15 Gelehrer-Lehrlinge den Lohnabbau zweimal erfolgreich zurückgeschlagen, während der gesamten Belegschaft der Lohn abgebaut wurde. Diese Beispiele zeigen uns, daß das reformistische Geschwätz: Lehrlinge können auf Grund des Lehrvertrages nicht streiken, nur den Zweck habe, den Streik so schnell wie möglich abzuwürgen, eine volle Entfaltung des Streiks unmöglich zu machen.

Sind es nicht gerade die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter, die unter dem Lohnabbau am meisten zu leiden haben; sind sie nicht gerade diejenigen, die im Betrieb am meisten geschunden und gequält werden? Die Lehrlinge haben nicht nur ein Interesse und den Willen, sich gegen Lohnabbau zu wehren, sondern sie haben eine Reihe anderer berechtigter Forderungen. Aus dem größten Teil der schlesischen Metallbetriebe müssen die Lehrlinge, nachdem sie sich tagsüber schwer geschunden haben, abends in die Berufs- oder Werksschule gehen; sie bekommen hierfür keinen Pfennig besondere Vergütung. Deswegen ist eine der wichtigsten Forderungen der Lehrlinge: Verlegung der Berufsschulzeit in die Arbeitszeit und Bezahlung derselben. In vielen Metallbetrieben herrscht neben der Anstreiberi noch eine besondere Prügelstrafe; als Beispiel nur die Formerabteilung Linke-Hofmann in Breslau, wo dieses ganz und gäbe ist. Beilegung der Prügelstrafe, Entlassung der prügelnden Meister und Vorarbeiter ist eine nächste Forderung der Lehrlinge. In der allgemeinen Faschisierung der Jugend spielt die Faschisierung in den Betrieben eine besondere Rolle. In vielen schlesischen Metallbetrieben sind hierzu Werksportvereine gegründet worden; nach Feierabend werden die Lehrlinge gezwungen, den militärischen Drill faschistischer Sportlehrer und Meister über sich ergehen zu lassen; dagegen zu kämpfen, ist eine weitere Forderung der Lehrlinge. Unter den betrieblichen Mißständen haben die Lehrlinge am stärksten zu leiden.

Aufgabe der revolutionären Arbeiter, aller Kommunisten und insbesondere der KPD-Jugend und des KJVD, ist es, die Lehrlinge für ihre eigenen Forderungen in den Streik mit einzubeziehen. In allen Streikversammlungen der erwachsenen Arbeiter müssen Kampfforderungen für die Lehrlinge aufgestellt werden. Überall ist ein Appell an die Lehrlinge zu richten, sich dem Kampf anzuschließen. In den Jugendsektionen des DMV. und der christlichen Gewerkschaften sowie in den Betrieben sind Lehrlingsversammlungen, die den Streik beschließen, zu organisieren und Jugendkampfausschüsse zu wählen.

Alle Metallarbeiterlehrlinge müssen sofort dazu übergehen, Lehrlingsversammlungen einzuberufen, in diesen Versammlungen werden die Forderungen der Lehrlinge aufgestellt und ein Kampfausschuß gewählt. Die Forderungen müssen durch den Kampfausschuß sofort dem Unternehmer unterbreitet werden; die Lehrlinge schließen sich dem Streik der Metallarbeiter an.

So wie der Streik der Metallarbeiter ein Vorpostengefecht für die gesamte schlesische Arbeiterklasse ist, müssen die jungen Metallarbeiter und Lehrlinge das Beispiel des Streiks für die Arbeiterjugend geben.

Metallarbeiterlehrlinge, auch ihr müßt die Streikfahnen erheben. Schulter an Schulter gilt es mit den erwachsenen Klassengenossen zu kämpfen.

einigen genügt. Er ist ja im Vorkommnis schon angekündigt worden. (Hört! Hört! bei den Komm.) Für diesen Fall, wenn also dieser Einspruch erfolgt, beantrage ich gleichzeitig gemäß § 77 der Geschäftsordnung, die Sitzung jetzt zu schließen und eine nächste Reichstags-Sitzung anzusetzen für heute 4 Uhr und auf die Tagesordnung zu setzen: Erstens unsere Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und zweitens unsern Vertrauensantrag gegen diese Papen-Regierung. (Sehr wahr! bei den Komm.) Wenn der Einspruch erhoben werden sollte, daß die Reichsregierung nach der Verfassung jederzeit das Wort verlangen kann — ich weiß nicht, ob der Herr Abgeordnete Ede etwa freundlicherweise auf diese Bestimmung der Geschäftsordnung hinweisen will (Heiterkeit), so ändert das nichts an der Tatsache, daß nach der Rede des Herrn Reichsausschusses von Papen sofort abgestimmt werden kann (Sehr wahr! bei den Komm.) und sofort abgestimmt werden muß über die Anträge, die ich eben als ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung beantragt habe.

Für uns und für die Arbeiterklasse lautet die Lösung: **Hinweg mit dieser Papen-Regierung! Hinweg mit ihren Hungernotverordnungen!** (Lebhafte Beifall bei den Kommunisten.)

An die deutsche Arbeiterklasse — an alle Werktätigen!

Kommuniqué der KPD.-Reichstagsfraktion

Durch den erfolgreichen Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde der Plan der Reichsregierung ihre Notverordnung von der Tribüne des Reichstages aus zu verurteilen, ebenso wie der parlamentarische Subhandel und Koalitionschacher des Zentrums und der Nazis zerplatzen. Der Papen-Regierung und ihrer Notverordnung wurde durch den kommunistischen Offensiv eine Niederlage bereitet. Die kommunistische Reichstagsfraktion erblickte in dem Versuch der Papen-Regierung, eine Abstimmung über ihre Notverordnung, durch Auflösung des Reichstages zu vereiteln, eine Fortsetzung der faschistischen Staatsaktion vom 20. Juli in Preußen, einen weiteren Schritt zur Erringung der faschistischen Diktatur.

Die kommunistische Partei wendet außerparlamentarisch, wie im Parlament alle Mittel an, um der faschistischen Diktatur-Regierung die Durchführung ihrer Pläne zu erschweren. Sie hat bereits für Mittwoch den Zusammentritt des Reichstages und des Reichstages gefordert, wo sie den Antrag auf Aufhebung der Papen-Notverordnung, den Antrag gegen den Unterjähigungsabbau, für Aufhebung der Sondergerichte und des Verbotes der „Roten Jahne“ einbringen wird.

Die Kommunisten wenden sich an die deutsche Arbeiterklasse und alle Werktätigen, durch den ganzen Einzug der außerparlamentarischen Kraft die faschistische kapitalistische Offensiv und die weiteren Pläne der Reaktion zu Fall zu bringen und den Kampf für eine Arbeiter- und Bauern-Regierung zu führen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion brandmarkt schärfstens das Verhalten der Nationalsozialisten. Bereits in der der Reichstagsfraktion vorausgegangenen Sitzung des Reichstages zeigte die Fraktion dieser Partei Entsetzen und Verurteilung über die Möglichkeit der Auflösung des Reichstages. Als der Sprecher der KPD, die Einbringung der kommunistischen Anträge kündigte — während der nationalsozialistischen Reichstagspräsident Goering am Schluß der Reichstags-Sitzung die Einberufung einer Tagung kündigte — änderten die Nationalsozialisten bereits in der nachfolgenden Fraktionsführerbekämpfung der Parteien den Standpunkt und erklärten sich für die Maßnahmen der Papen-Regierung. Mit ihrer Hilfe wurde das Papen-Kabinett in den Sattel gehoben, mit ihrer Hilfe führt es seine weiteren Diktaturmaßnahmen durch. Die kommunistische Fraktion nagelte die seit Wochen mit dem Zentrum um Ministerposten schachern den Parteien entgegen nationalsozialistischer Demagogie der faschistischen Machthaber fest.

Das Verhalten der Nationalsozialisten findet seine Ergänzung durch das Verhalten der Sozialdemokratie. Beide Parteien haben sich offen für die Staatsaktion der Papen-Regierung ausgesprochen, indem sie durch ihr Einverständnis mit der Reichstagsauflösung die Pläne und Maßnahmen des Papen-Kabinetts unterstützen. Das von der SPD. inzwischen eingebrachte Volksbegehren gegen den zweiten Teil der Papen-Notverordnung „zur Annullierung der Wirtschaft“ ist übler Verrat; bedeutet praktisch die Anerkennung jenes Teiles der Notverordnung, der dem Trustkapital Milliardenbeschlechte zuzuschicken.

Die kommunistische Partei ist die einzige Partei, die eine Neuwahl — die Antwort der Werktätigen auf ihre Politik — in einem kommenden Wahlkampf nicht zu scheitern braucht; sie wird den Wahlkampf führen zur geschickten Entfaltung der außerparlamentarischen Massenkraft in der Antifaschistischen Aktion. Sie ist überzeugt, daß die Kraft des Proletariats unter ihrer Führung mächtig genug sein wird, auch außerhalb des Parlamentes die faschistischen Hunger- und Terrormaßnahmen der hegemonen Klasse zu durchkreuzen.

Die Antwort der deutschen Arbeiterklasse auf den gestrigen 12. September und auf den geplanten Ausnahmestand wird und muß anders ausfallen als bei der faschistischen Staatsaktion am 20. Juli.

Sozialdemokratie hinter Papen!

Sie anerkennt die Reichstagsauflösung durch die Regierung!

Wie uns mitgeteilt wird, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf der Sitzung des Reichstages gegen die Vorkommnisse Einspruch erhoben, indem sie durch Vorbe einen Brief an den Reichstagspräsidenten gerichtet hat, der lautet:

„Die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages nehmen an der von Ihnen einberufenen Reichstags-Sitzung nicht mehr teil, da der Reichstag durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist. Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussansprache aufgeworfen wurden, gehören schon vor den Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuss ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekanntgeben.“

Mit diesem Schreiben stellt sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auf den Standpunkt der Regierung, daß die Auflösung des Reichstages zu recht erfolgt sei. Sie hilft dadurch der Papen-Regierung gegenüber dem Reichstag ihren Standpunkt durchzusetzen. Auf dieses Schreiben der SPD. hin hat der Reichstagspräsident Goering die Sitzung des Reichstages abgesetzt und sich dadurch gleichzeitig auf den Standpunkt gestellt, daß die Auflösung des Reichstages zu recht erfolgt sei.

Sobald wird mitgeteilt, daß Goering auf nachmittags 6 Uhr eine Sitzung der Fraktionsführer zur Klärung der entstandenen Rechtslage einberufen hat.

Reichstagsneuwahl in Frage gestellt!

Berlin, 13. September. (Sig. Drahtbericht.) In einem Brief Papens an das Reichstagspräsidium erklärt er laut T.M., daß die Regierung, falls der Reichstag noch zusammentreten versuchen sollte, einen solchen Zusammentritt unmöglich machen werde. Der Reichsinnenminister von Gahl gab gestern Pressevertretern eine Erklärung ab, wonach die Regierung die Reichstagsauflösung als gültig, hingegen die Abstimmungen für sofortige Aufhebung der Notverordnung und das Vertrauensvotum gegen die Reichsregierung als ungültig erklärt. Auf eine Frage hin erklärt von Gahl weiter: „Die Reichsregierung hat durchaus die Absicht, die verfassungsmäßigen Vorhürten innezuhalten. Wenn eine Wahl erfolgt, dann werde sie unter den verfassungsmäßigen Umständen durchgeführt werden; ich muß allerdings die Einschränkung machen, daß Wahlen nur dann möglich sind, wenn in Deutschland Ruhe und Ordnung herrschen.“

Von jeder Werkbank einen Groschen für den ANTIFASCHISTISCHEN KAMPFONDS

Stresa

Eine Konferenz des kapitalistischen Bankrotts und des Antifowjetkrieges

Seit Montag tagt in Stresa die sogenannte Konferenz zur „wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Mittel- und Südosteuropas“. Diese Konferenz wurde seinerzeit in Lausanne beschlossen, angeblich um den schwer daniederliegenden Donauländern Hilfe zu leisten. Den Ausgangspunkt zu dieser Konferenz bildeten die bekannten Donaublockpläne des französischen Imperialismus, die der Befestigung und Stärkung der französischen Hegemonie und der Unterjochung der Donauländer unter französische Herrschaft dienen sollten. Schon dieses Projekt trug eindeutig den Charakter eines Antifowjetblocks, in dem der französische Imperialismus die Front seiner Vasallenstaaten Polen, Rumänien und Tschechoslowakei auf die übrigen Donauländer auszudehnen bemüht war.

Die Verwirklichung dieser Pläne des französischen Imperialismus scheiterte seinerzeit an den scharfen imperialistischen Gegensätzen, die um dieses Donaublockprojekt hervortraten. Der entschiedenste Gegner des französischen Planes war und ist der italienische Imperialismus, der seine Interessen in Südosteuropa aufs schwerste gefährdet sieht und mit aller Entschiedenheit gegen eine Ausbreitung der französischen Vorherrschaft zu Felde zieht.

Auf der jetzt stattfindenden Stresaer Konferenz erklärte zwar der französische Delegierte George Bonnet, der Lardieuplan sei fallen gelassen worden, in Wirklichkeit jedoch zeigen die Kommentare in der französischen Regierungspresse, daß der französische Imperialismus sich nach wie vor bemüht, auf Umwegen seinen Plan zu verwirklichen.

★

Die Konferenz soll also angeblich die Donauländer „sanieren“. In Wirklichkeit jedoch wollen die an der Konferenz beteiligten imperialistischen Mächte nichts anderes sanieren, als ihren eigenen bankrotten Kapitalismus. Die Sorge um den Absatz der mittel- und osteuropäischen Agrarstaaten verdeckt nur schlecht den Wunsch, für die eigene Industrieproduktion in diesen Agrarländern Absatzmärkte zu finden. Außerdem allerdings ist die Situation im Donauraum für den Kapitalismus in seiner Gesamtheit außerordentlich bedrohlich. Es ist die Angst vor der Revolution in diesen Ländern, die in den Worten des französischen Delegierten und Vorstehenden der Konferenz gegenüber einem Pressevertreter zum Ausdruck kam.

„Die Aufgabe der Konferenz von Stresa ist es, Mittel- und Südosteuropa vor dem drohenden Zusammenbruch zu retten und politische und soziale Umwälzungen, die sich aus einer Verschlechterung der Lage ergeben würde, zu verhindern.“

★

Als ihre angebliche Hauptaufgabe betrachtet die Konferenz die Ausfindigmachung neuer Märkte für den Exportüberschuß der Agrarstaaten. Es ist klar, daß diese Aufgabe im kapitalistischen Rahmen unmöglich zu lösen ist. Nicht nur, daß keine neuen Absatzmärkte vorhanden sind, die alten Absatzmärkte schrumpfen infolge der immer mehr zurückgehenden Kaufkraft der werktätigen Bevölkerung sichtbar zusammen. Hinzu kommt noch die weitere Verschärfung der Agrarkrise, die durch die gute Ernte in diesem Jahre noch katastrophaler zur Auswirkung kommen wird.

Der französische Imperialismus schlägt die Schaffung eines Vorzugszollsystems vor, durch das die Industriestaaten in der Lage sein sollen, den Ausfuhrüberschuß der Agrarstaaten aufzunehmen. Die unmittelbare Wirkung eines solchen Vorzugszollsystems würde einfach eine Verteuerung des Brotes in allen beteiligten Industrieländern sein. Außerdem aber — und das ist die wirkliche Hauptaufgabe der Konferenz — soll durch dieses Vorzugszollsystems der Kampf gegen das billige Sowjetgetreide aufgenommen werden. Hier liegt des Pudels Kern.

Schon die Tatsache, daß die Sowjetunion nicht zu dieser Konferenz geladen wurde, obwohl sie an dem Schicksal der Wirtschaft Zentral- und Osteuropas interessiert ist, beweist eindeutig,

Massenstreik bis zum Sieg!

Ein Aufruf unserer belgischen Bruderpartei an die streikenden Bergarbeiter — Die Masse der Streikenden trotz der reformistischen Streikbruchparole

Brüssel, 12. September. Die von den Unternehmern für den 9. September erwartete Wiederaufnahme der Arbeit in größerem Umfang ist nicht eingetreten. Nur im Revier von Charleroi zeigen sich Schwächen in der Streikfront der Bergarbeiter. In Südtirol und dem Zentralrevier dagegen dauert der Streik mit unverminderter Kraft an.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Belgiens hat an die streikenden Arbeiter einen Appell gerichtet, in dem es als die wesentlichsten Ziele des Kampfes die folgenden bezeichnet: Annullierung des Lohnabbaus von 5 Prozent, der am 19. Juni verkündet worden ist; allgemeine Erhöhung der niedrigen Löhne und Schluß mit dem Hungerabkommen. Die Partei erbringt den Nachweis, daß der von den reformistischen Führern begangene Verrat diese Ziele aufgibt und gerade im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten, die auf die Unternehmer einströmen, mit solcher Eile in Szene gesetzt worden ist. Von den Versprechen, die am 18. Juli von parlamentarischer Seite gegeben worden sind, ist nichts übrig geblieben: Der Brotpreis ist pro Kilo um 10 Centimes gestiegen und in dem nunmehr in Kraft gesetzten Unterstützungs-

gesetz bleiben die nichtversicherten Arbeiter von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen.

Das Zentralkomitee der KP. weist darauf hin, daß der Sieg greifbar nahe ist, daß jetzt alles von der Einheitsfront des Kampfes abhängt, von der Verstärkung der Streikkomitees, von der Vermehrung der Streikposten, von der Ausschöpfung der Elemente, die beauftragt sind, in den Reihen der streikenden Arbeiter Pessimismus und Defaitismus zu säen. „Der Kampf wird fortgesetzt, um den nahen Sieg zu eringen“, so schließt der Appell der KP.

In diesem Zusammenhang ist der Aufruf der reformistischen Führer im „Peuple“, vom 9. September, zu unterstreichen, der die Kommunisten als „Agenten im Solde einer fremden Regierung“ bezeichnet. Die Sozialdemokraten, diese Verräter im Solde der kapitalistischen Regierung Belgiens, liefern damit ihren Beitrag zu dem von der Bourgeoisie erfundenen „kommunistischen Komplott“.

Am 12. und 13. September wird die Entscheidung über den heldenmütigen Streik der Bergarbeiter fallen, denn schon jetzt läßt sich voraussehen, daß die Bewegung selbst dort, wo die Arbeit teilweise wieder aufgenommen ist, von neuem aufflammern wird, wenn erst die Unternehmer mit den Maßregelungen beginnen.

daß diese Konferenz sich von vornherein die Organisierung des Wirtschaftskrieges gegen die Sowjetunion zum Ziele gesetzt hat.

Die Verwirklichung dieser imperialistischen Pläne würde eine schwere Gefährdung der Wirtschaftszusammenhänge zur Sowjetunion zur Folge haben, was zwangsläufig zu einem weiteren Anwachsen der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Ländern und zur Verschärfung der Kriegsgefahr führen muß.

Für die deutsche Arbeiterklasse ist von ganz besonderem Interesse die Stellung des deutschen Imperialismus auf dieser Stresaer Konferenz.

Der deutsche Imperialismus ist mit allen Kräften bemüht, an der Ausplünderung der Donauländer teilzunehmen und zur Verwirklichung der sowjetfeindlichen Pläne der deutschen Imperialisten kämpft darum, daß es aus dem vom französischen Imperialismus vorgeschlagenen Präferenzsystem nicht ausgeschlossen wird.

Die deutsche Bourgeoisie hat nichts gegen den Plan des Antifowjetblocks im Donauraum einzuwenden, sie hat nichts gegen die Ausplünderung der werktätigen Volksmassen Zentral- und Südosteuropas, aber eben unter der Bedingung, daß sie selbst mitmachen darf.

Und diese Teilnahme versucht sich der deutsche Imperialismus zu erschauern. Aus diesem Grunde hat er die Annahme des Lausanner Anleiheprotokolls ermöglicht, das die Verflechtung des österreichischen Volkes besiegelt und mit einem Anschlußverbot verknüpft ist. Diese Verflechtungsanleihe stellt einen Erfolg des französischen Imperialismus in der Richtung seiner Donaublockpläne dar. Ein weiterer Schritt dazu ist die jetzt in Aussicht genommene Anleihe für Rumänien.

Wenn in Stresa die Imperialisten über ein Kompromiß zur Ausplünderung der werktätigen Massen Zentral- und Südosteuropas betaten, wenn der französische Imperialismus mit wohlwollender Unterstützung der deutschen Bourgeoisie seine Pläne zur Schaffung eines sowjetfeindlichen Donaublocks zu verwirklichen sucht, so wissen die arbeitenden Massen in Deutschland, daß diese Pläne ihnen nur Not und Krieg bringen können. Das deutsche Proletariat reicht den werktätigen Massen der Donauländer die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen die Ausplünderungs- und Kriegspläne der Imperialisten. Auf kapitalistischer Grundlage gibt es keinen Ausweg für die darben- und hungernden Massen in den Agrarländern Zentraleuropas. Wenn über diesen Ländern die Sowjetfahnen der Befreiung wehen, dann wird es auch keine Agrarkrise in diesen Ländern mehr geben, dann wird das Joch der imperialistischen Verflechtung abgeworfen sein.

Entlarvte Antifowjetlüge

Die bürgerliche Lügenpresse erfindet „Unruhen in Zwanowo Wosnessensk“

Die bürgerliche Presse veröffentlichte einen aus Moskau datierten „eigenen Kabelbericht“ aus Zwanowo Wosnessensk, demzufolge dort „Hungerunruhen“ ausgebrochen seien, wobei die „durch den Hunger zur Verzweiflung getriebenen“ Arbeiter die Lagerhäuser ausplünderten und aus diesem Anlaß „mehrere Arbeiter von der GPU erschossen“ worden seien. Schon die ganze Ausmachung der Meldung läßt sie als eine der üblichen Lügen gegen die Sowjetunion erscheinen, die den Zweck haben, die von der neuen Arbeiterordnung besonders hart betroffene, gegen die neue kapitalistische Hungeroffensive zum Kampf schreitende deutsche Arbeiterklasse abzulenken.

Trotzdem haben wir uns telephonisch mit unserem ständigen Berichterstatter in der Sowjetunion in Verbindung gesetzt, der bekräftigt, daß der angebliche „eigene Kabelbericht“ des „Totalangelegers“ in allen seinen Behauptungen aus den Fingern gesogen wurde. An der mächtigen Entfaltung der sozialistischen Textilindustrie arbeitet die Arbeiterschaft des „roten Manchester“ mit stets wachsender Begeisterung.

Aus fünf Erdteilen

Im Krieg zwischen Bolivien und Paraguay ist eine neue Verschärfung eingetreten. Bolivianische Truppen haben das Fort Rojas Silva erobert. Die bolivianische Regierung läßt Flammenwerfer und Brandbomben herstellen, um die Wälder im Gran Chaco in Brand zu setzen.

Die chilenische Regierung hat die Neuwahlen zum chilenischen Kongress auf den 30. Oktober festgelegt. Dem Kongress soll sofort der Entwurf für eine neue Verfassung vorgelegt werden, über deren Annahme innerhalb von vier Monaten endgültig beschlossen werden muß.

Im Zusammenhang mit den schweren Bauernunruhen in der Wojwodschaf Polesje ist der bisherige Wojwode Kraschewski von seinem Posten abberufen worden, weil er nach Ansicht der Regierung unfähig sei, die Unruhen zu unterdrücken. Er wird durch den Wojwoden von Nowogrodek, Oberst Kostel, ersetzt, der durch die bekannten Folterungen gegen Gefangene von Brest-Litowsk bekannt geworden ist. Scheinbar hat ihn seine Tätigkeit als Festungskommandant besonders für den neuen Posten befähigt.

Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

37. Fortsetzung

In der Hoffnung auf geröstete Enten oder ähnliche Lederbüßen kamen die Leute herbei gestürmt.

„Verflucht nochmal, Ratshagu!“

„Und Sagoleim! Das kann essen, wer Lust hat!“

„Ratshagu und Pellkartoffeln! Will der verfluchte Buschräuber da oben uns verholzen?“

„Wißt ihr, was ich glaube?“ meinte Stanley, „er tut das mit Absicht!“

„Wer?“

„Der Alte! Weil wir Sonntags nicht arbeiten wollen.“

„Well“, sagte Bobby. „Das ist doch kein Grund, warum wir Heizer unser Sonntagessen nicht haben sollen!“

„Wir schicken ihm den Kram zurück!“ schlug Stanley vor.

„Richtig!“ stimmte Bobby zu. „Hier, Fritz! Nimm den Schiet hier weg und sag ihm, das nehmen wir nicht!“

„Nix zu machen“, erwiderte Fritz. „Meine Arbeit ist es, herzubringen, was ich da kriege. Wenn ihr das nicht essen wollt, dann tragt es selber hin!“

Der Bootsmann und Barney kamen aus ihrer Messe, beide mit gefüllten Bäden. „Was sagt ihr zu diesem Stallfutter?“

„Sollen wir das Kohragout fressen?“

„Kerls, ihr seht groghartig aus, mit der Bad in den Pfoten. Augenblick, ich will euch knipsen!“

„Stech dein Knipsen in den Hintern!“ fuhr Slim dazwischen.

„Wir nehmen jeder eine Bad voll von diesem Abfall und mar- schieren geschlossen auf zum Spedschneider!“

„Bravo!“ schrie Bobby. „Was meint ihr dazu?“

Er schnappte sich den Ratshagu, Gunnar kratzte sich die Pellkartoffeln. Stanley packte den Sagoleim, Slim nahm den ranzigen Fettpott zwischen die Gäuste. Einige wollten schon losziehen.

„Nicht so eilig!“ rief Slim. „Wir haben noch kein Schiffskomitee, deshalb müssen wir alle mitgehen. Wie stehts mit euch?“ Er meinte Blady, den Eskimo und den kleinen JSL-Mann, die immer noch ihre Gabeln nicht hinlegen wollten.

„Los! Kommt mit! Nehmt eure Teller, so wie sie sind!“

Die Gang heulte wie ein Trupp Kanibalen auf dem Kriegspfad.

„Du auch, Fritz! Du hast das selbe Essen, wie wir. Also los, komm mit! Achtung, Schritt gefaßt, Marsch!“

Gunnar amtierte als General. Eddie schwärmte als Vorposten aus und suchte den Spedschneider. Slim beobachtet, daß der Bootsmann wieder zögerte.

„Los, Bootsmann! Komm mit! Sonst seh ich dir Dampf unter den Arsch!“

Der Bootsmann kratzte seinen Schädel. Es schien, als ob er niemals über das Krachen hinausging.

„Los doch“, gröhlte Gunnar, „los, du Hofenscheißer! Wenn du den Sad kriegst, gehen wir geschlossen mit dir runter. Stimmt das, Leute?“

„Jo, jo!“ brüllte alles. „Verfluchte Quaselle! Kan hier, Bootsmann!“

„Moment! Shorty und Steezig müssen noch mit!“ schrie Bobby.

In diesem Augenblick kamen die beiden heran und staunten über den Kramaufl. Nachdem sie informiert waren, schnappten auch sie ihre Blechteller und machten mit.

Slim und die Bordgruppe wollten ein Aktionskomitee wählen lassen oder doch wenigstens einen Wortführer. Es war zwecklos, keiner wollte zuhören.

„Zum Teufel mit dem Komitee! Wir alle werden reden!“

„Wortführer? Ich werde Wortführer sein!“ Gunnar war obenauf. Und Stanley schmetterte einen Schlagler zum Geflapper seiner Blechbad. Alle waren schon auf dem Wege zur Kombüse.

„Wo ist der verfluchte Spedschneider?“ schrie Eddie.

„Wo ist der Spedschneider?“ brüllte der Gang. „Holt den Saukräuber her!“

Der Junker und der dritte Steuermann gingen gerade zum Essen, als sie die Parade wahrnahmen. Wie angeedonert blieben sie stehen.

„Was zum Teufel hat euch gebissen?“ fragte Madenzie, der Dritte.

„Geht Sie gar nichts an! Wir suchen den Spedschneider.“

Der Koch streckte seinen Hals aus der Kombüse. Als er begriff, was los war, verzog er sich rasch.

Die Leute drängten sich um die Kombüse. „Wo ist der Spedschneider?“

Der Koch schnitt Roastbeef in Scheiben für die Herren Offiziere. Auf dem Kombüsenherd saßen die Leute neben anderen Fleischsorten zwei Kofitpannen voller Hühnchen für die Passagiere. Auf dem Tisch stand ein Duzend frisch gebadener Apfelkuchen. Der Kochsmaat fabrizierte Schlaglahne dazu. Neben dem Kuchen standen Tellerreihen mit frischem Salat. Unten anderen Ende der Kombüse haute der Aufwäscher Oliven, Sellerie, Käse und Aufschnitt auf.

„Wer soll das alles essen, wenn die Mannschaft solchen Fraß kriegt?“

„Aiel mal, was die Passagiere schlauhen!“

„Und das dadrüben! Futter für die Herren Offiziere!“ rief Gunnar, laut genug für die Ohren der Assistenten und Kadetten in der Messe.

„Und sowas kriegen wir!“ schrien ein halb Duzend Stimmen. Stämmige Arme hoben Blechteller mit Ratshagu, Pellkartoffeln und Sagoleim hoch über die Köpfe.

Plötzlich kam der Privatmeister herbei gehuscht, gekleidet in tadelloses Weiß. Der Junker hatte ihn gerufen. Er war ein feister Kerl. Zwischen seinen Zähnen hing eine feiste Zigarre.

„Was ist los hier? Was ist los?“ Er hatte es eilig, er wollte zurück zu seinen Passagieren.

Die Leute brüllten auf ihn ein und schoben ihm die Bäden unter die Nase. „Wir werden dir zeigen, was los ist, du Schieber!“

„Sieh dir mal das Fressen hier an!“

„Hier, würg das mal selbst herunter!“

„Sowas können wir Sonntags nicht verdauen!“

„Und jetzt mach keinen Mist!“ drohte Bobby. „Erzähl uns nicht, daß du nichts mehr hast!“

(Fortsetzung folgt)

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstraße 6/10

Zentrum

Hut-Schurz-Hüte Schmiedebrücke 17/18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

KAUFT SCHUHE NUR VON ENORM BILLIG NATHAN GRAUPENSTR. 2/4

Selbst-Vertrieb Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Maisfrauen bevorzugen Milch- u. Molkereiprodukte der modern u. hygienisch eingerichteten

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Berliner Platz 2

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel nur bei Friedrich-Wilhelm-Str. 66 Scheitnigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Fleisch-Zentralen Verkaufsstelle I: Messergasse 23 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14

Lebensmittelhaus Alfred Koller 47141 Messergasse 4/5

Stoff-Schufftan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größter Auswahl im Engroslager Max Cohn & Co.

Photo-Bazar Lüttgens Atelier Klosterstraße 20 / Sehr billig, sehr gut

Möbel-Tischlerei Oskar Fröhlich Vorwerkstr. 37, empfiehlt sich bestens

Elektro-Wäscherei Odertor Seitengasse 1-3, Ruf 44444

Milch- u. Molkereiprodukte bei M. Schneider, Sandstraße 18

Schuhbesohlung Curt Thamm Münzstr. 3, empfiehlt sich bestens

Man kauft Möbel preiswert u. gut im Möbelhaus

Wäscherei, Schneewittchen Plätzerel Grunelche, Bachmannstraße 16a

HUT-ROSENTHAL Blücherplatz 5, Neue Schweidnitzer Str. 5a

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation Oskar Garn, Ring, am Rathaus 10

Händler und Hausierer! Großes Lager in Kleiderstoffen

Zigarren • Zigaretten • Tabake Friedlaender & Littauer Ring 18, Ohlauer Straße 70

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Remak, Lederhandlung

Bäckerei und Konditorei Paul Moczko, Leuthenstr. 88

Kauft beim Inserenten Kolonialwaren Obst und Gemüse

Drogen, Farben, Foto Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer Posener Straße 37 Filiale Frankfurter Straße 31

Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Wenn Ihnen andere Mittel nicht helfen, so versuchen Sie es mit „Malaria“ gegen Entzündungen, Grippe usw.

Kaschube & Döring GmbH Oderstraße 30, Angel- und Turngeräte, Wäschelinen

Anzugstoffe kaufen Sie billigst und gut bei Altmann & Pechwasser

Drogen, Farben, Foto Matthias / Gartenstr. 10

Damenhüte D. Marcus Gartenstraße 66/70

Werkstätige, kauft Radio nur bei RADIO - Ritterplatz Ritterplatz 8

Paul Peschke, Messergasse 1 Lebensmittel- und Kohlenhandlung

Damenhüte Marco-Hüte Ring 22

Herrenartikel Hedi Ohlauer Str. 78/77

Gelegenheitskauf 3 teil. Kleiderschrank, mit Wäsche, 85.-

Fleischerei und Wurstwaren Albert Walke, Ursulinerstr. 19/20

MARGARINE NUR BEI CARL JOS. KESSLER, INN. O. KLEIN DA KAUFEN SIE BILLIG UND GUT

Hnilitschka - Tapeten Ursuliner Straße 7a - Tel. 21285

Schuh-herz Blücherplatz 4

B. Pohl Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik

Richard Karsunky & Co. Möbel Rosenthaler Straße 2 - Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55

Max Pichte Schleiernacherstr. 1 Bäckerei und Konditorei

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102 Margarine Milch- und Molkereiprodukte

Fleischerei und Wurstfabrik Walter Jonnek Weißenburger Platz 9

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei Trebnitzer Straße 64

St. Vincenz-Drogerie Rosenthaler Straße 43 Ruf 41657

Fritz Müller, Mühlen-Niederlage Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Gute Schuhbesohlerei Karl Hättasch Freiburger Str. 8

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

Kolonialwaren, Spirituosen Wilhelm Kupczyk, Schleiernacherstraße 51

Nord-Drogerie und Photohandlung Auf Photo - Arbeiten 5% Rabatt

Geld auf Pfänder jeder Art Leibhaus Grundmann

Lebensmittel K. Harter Oelsnerstraße 14

Fisch Aberle Matthias-Str. 159

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißenburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel, Michaelisstraße 2

Durch Selbstanfertigung die billigsten Möbel in den Möbelwerkstätten A. LOZAR

Drogen, Farben, Lacke bei Rudolf Heckert, Vinzenzstr. 7

Edmund Franz, Kohlenhandlung Trebnitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei Georg Heyduck, Rosenstraße 16

W. Zembrod Wasserloostraße 11 Kolonialwaren Spirituosen

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Hedwig Depta Fischwaren, Gneisenastr. 8

Kolonialwaren - Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Ellison

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost

Dampfwäscherei und Feinplätterei ALBA

Albert Stosch Kolonialwaren Herzogstraße 36, Vorwerkstraße 62

Roos-Drogerie Foto-Handlung / Farben und Lacke

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Bienen

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal

Brauerei - Ausschank „Zur goldenen Marie“ Frühstückstube

A. T. G.

Hüte - Mützen, Herren-Artikel Felix Eckerl

Mode, Farben, Pinsel U. Andrijschke, Feldstr. 50

Paul Scholz Lederhandlung Bedarfsartikel

Max Höse Fischhaus Klosterstr. 45

Sämereien - Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner

Kolonialwaren Max Naewe

Bach & Blachmann Herdainstraße 44

Tischlerarbeiten führt sauber und preiswert aus

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann

Arbeiter, wohin? zum „gemütlichen Art Korle“

Brot- und Feinbäckwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Oskar Laqua Kolonialwaren Anderssenstraße 31

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogelfutter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Täglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Andreesenstraße 16

Kolonialwaren R. & J. Lux Anderssenstraße 2

Farben und Mode / Malerhaus Westend- Ecke Andreesenstr.

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Stauffacher Straße 154

Fleischerei und Wurstfabrik Oskar Funke

R. Miska, Redigerstr. 6/8 Selter- und Limonadenfabrik

Arbeiter, wohin? zum „gemütlichen Art Korle“

Brot- und Feinbäckwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Wie die ADGB.-Führer den Weg zur Papen-Notverordnung bereitet haben

Was ist jetzt zu tun?

Die Papen-Notverordnungen sehen bekanntlich einen Abbau der Tariflöhne und Gehälter für jeden Betrieb, der Neueinstellungen annimmt, bis zu 12 1/2 Prozent und für besonders „gefährdete“ Betriebe einen nochmaligen Abbau bis zu 20 Prozent vor. Die Verwirklichung des Papen-Programms bedeutet die Beseitigung der sogenannten Unabdingbarkeit der Tarifverträge. Für die Arbeiterklasse ist damit der Tarifvertrag nur noch ein Fehden Papier, da die eine Tarifpartei, nämlich die Unternehmer, mit Hilfe des Schlichters die Tariflöhne ab 15. September ohne weiteres herabsetzen können, wenn das die Arbeiter kampflös hinnehmen würden. Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrags, also der gesetzliche Schutz der Tariflöhne, ist ebenso, wie die Sozialversicherung, die durch das Papen-Programm auch grundlegend verschlechtert werden soll, eine Errungenschaft der Revolution von 1918 und die Frucht jahrzehntelangen Kampfes der Arbeiterbewegung. Seitdem wird auf allen Tagungen der Unternehmer die Forderung nach Beseitigung der Unabdingbarkeit, der „Starrheit“ der Tarifverträge erhoben und ihre „Auflösung“ verlangt. Was die Unternehmer jahrelang forderten, das soll jetzt in Erfüllung gehen.

Woher nimmt die Bourgeoisie und ihre Papen-Regierung den Mut zu diesem ohne Beispiel dasiehenden Angriff auf die Arbeiterklasse? Sind nicht die Folgen deutschen Gewerkschaftsorganisationen da, die jeden derartigen Angriff im Keime ersticken können? Die deutschen Gewerkschaftsorganisationen sind vorhanden. Aber die Führer dieser Organisationen haben alles getan, um zu verhindern, daß die Kampfkraft der Gewerkschaften sich auswirken konnte.

Die Leypart, Tarnow und Graßmann sind Stützen des kapitalistischen Staates geworden. Ihr Bekenntnis zur kapitalistischen Republik schließt zugleich die Verpflichtung ein, im Interesse des Kapitalismus zu arbeiten. Und in der Tat, die Herren an der Spitze der deutschen Gewerkschaften, gleichviel ob es die freien, christlichen oder Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind, haben sich alle Mühe gegeben, mit den Todfeinden der Arbeiterklasse, den Kapitalisten, ihren Frieden zu schließen. Wenn sie heute, nach Erlass der Papen-Notverordnung schreiben, daß sie gegen den Abbau der Sozialversicherung, gegen die Zerstückelung der Tarifverträge kämpfen wollen, so wollen sie nur den Massen Sand in die Augen streuen, um von ihrer wahren Rolle abzulenken.

Die ADGB.-Führer waren es, die den Boden für Papen vorbereitet haben. Sie waren es, die den kollektiven Arbeitsvertrag in den letzten Jahren planmäßig ausgehöhlt haben. Bereits die Notverordnung der Brüningregierung vom 5. Juni 1931 brachte für alle Angestellten und Beamten der öffentlichen Betriebe eine Gehaltsherabsetzung von 4 bis 8 Prozent. Das war bereits ein Eingriff in die bestehenden Lohn- und Gehaltsverträge. Die ADGB.-Führer haben die Brüningregierung toleriert. Und nicht nur nicht diese ersten Schritte der Aushöhung des Tarifvertrages unterbunden, sondern jeden Kampf dagegen abgewürgt. Diese Entwicklung der völligen Unterwerfung des ADGB. unter das Diktat des Industrie- und Finanzkapitals läßt sich wie ein roter Faden weiter verfolgen.

Die zweite wichtige Etappe auf diesem Wege war der Wirtschaftsbeirat der Brüningregierung, der am 21. Oktober 1931 von Hindenburg berufen wurde. Dieser Wirtschaftsbeirat war eine zweite Auflage der berühmten „Arbeitsgemeinschaft“ nach dem Kriege. Von den freien Gewerkschaften nahmen daran teil Graßmann und Eggert. Als Ergebnis dieses Wirtschaftsbeirates veröffentlichte die Brüningregierung Leitsätze, in denen ganz eindeutig von der notwendigen „Auflösung“ der Tarifverträge die Rede war. Vor der Schlußfassung des Wirtschaftsbeirates, wo diese Leitsätze verlesen wurden, kündigten die Gewerkschaften, da die Leitsätze schon vorher bekannt waren, eine sofortige scharfe Gegenerklärung an. Als die Schlußfassung stattfand, waren zwar Graßmann und Eggert anwesend, sie hörten sich aber schweigend die Leitsätze an, ohne die angekündigte Gegenerklärung abzugeben. Widerpruchslos waren sie mit der Auflösung der Tarifverträge einverstanden. Das Schweigen Graßmanns sagte mehr, als viel Worte.

Erst am 25. November nahm der Bundesausschuß des ADGB. zu den Ergebnissen des Wirtschaftsbeirates, an denen sie selbst mitgearbeitet hatten, eine Entschlieung an, in der es am Schluß heißt:

„Er Der ADGB. protestiert mit derselben Entschiedenheit gegen alle Abwägungen, an den rechtlichen Grundlagen des kollektiven Arbeitsrechtes zu rütteln oder im Wege der Notverordnung in die Tarifverträge eingzugreifen.“

Das war am 25. November 1931. Am 8. Dezember erließ Brüning seine große Notverordnung, die eine generelle Senkung der tariflichen Lohn- und Gehaltsätze unter Durchlöcherung der bestehenden Tarifverträge ab 1. Januar 1932 vorsah. Dieser neue ungeheuerliche Eingriff in den Tarifvertrag wurde vom Wirtschaftsbeirat vorbereitet. Der „entschiedene Protest“ des ADGB. war schon nach 13 Tagen vergessen. Wie jeder Arbeiter weiß, halfen die Gewerkschaftsführer aktiv, die Notverordnungen der Brüning-Regierung mit ihrem Lohn- und Gehaltsabbau durchzuführen. Sie tolerierten nicht nur die Brüning-Regierung, sondern setzten gemeinschaftlich mit der SPD. ihren ganzen Apparat ein, um den Widerstand der Arbeiter gegen die Dezember-Notverordnung Brüning zu brechen.

So wurde von den Gewerkschaftsführern der kollektive Arbeitsvertrag ausgehöhlt, und die Bourgeoisie glaubt es jetzt leicht zu haben, ihn vollständig zu beseitigen. Zur Abrundung des Bildes gehört unbedingt, daß auch der Naziführer Gregor Straßer am 15. November in geundjählichen Ausführungen für eine „Auflösung“ der Tarifverträge eingetreten ist. Die Front ist wieder einmal geschlossen.

Es ist klar, trotzdem das Papen-Programm mit seinen Angriffen auf die deutsche Arbeiterklasse in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einzig dastehet, werden auch diesmal die Gewerkschaftsführer keinen ernsthaften Widerstand organisieren. Am 8. September hatte der Reichsarbeitsminister Schäffer die Gewerkschaftsführer zum Appell befohlen. Selbstverständlich

legten die Herren wieder „schärfsten Protest“ ein und warnten vor den „bedenklichen“ Maßnahmen. Die Quintessenz dieses Empfangs war, daß der ehemalige Kruppdirektor Herr Schäffer vorschlug, eine Kommission zu bilden, die bei der Durchführung der Notverordnung behilflich sein soll. Die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften waren von dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers sofort begeistert, während die Vertreter des ADGB. sich ihre Entscheidung vorbehalten. Sie lehnten nicht rundweg ab, dem Reichsarbeitsminister zur Seite zu stehen.

Am 9. September trat der Bundesausschuß des ADGB. in Berlin zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Bezirkssekretäre des ADGB. und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teilnahmen.

In dieser Sitzung wurde ausführlich zur Papen-Notverordnung Stellung genommen. Der Bericht im „Vorwärts“ trägt die Ueberschrift „Der ADGB. ruft zum Kampf“. Aber nur vor dem Arbeitsgericht und vor dem Schlichter wollen die ADGB.-Führer gegen die Notverordnung „kämpfen“. Dabei hat sich die Papen-Reaktion durch die

Notverordnung die Ermächtigung erteilt, auch die Arbeitsgerichtsbarkeit nach ihrem Belieben zu ändern. Die ADGB.-Führer wollen die Kampfschlachtheit der Gewerkschaftsmitglieder auf diese falsche Bahn lenken, trotzdem sie ganz genau wissen, daß Rechtsfragen heute mehr denn je Nachtfragen sind.

Bei der Unterwerfungspolitik der Gewerkschaftsführer ist es kein Wunder, wenn die Bourgeoisie die schelnradikalen Töne des „Vorwärts“ mit heilendem Hohn abtut. So zitiert die Schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 9. September ausführlich den „Vorwärts“, wobei sie folgenden Kommentar anhängt:

„Bei der Kritik des vorliegenden Regierungsprogramms sollte man nicht so unvorsichtig sein, die Argumente, mit denen man bisher die eigene Politik verteidigt hatte, völlig zu vergessen.“

Nach der Bundesausschließung des ADGB. ist es klar, daß die Gewerkschaftsführer bereit sind, vor dem Papen-Programm die Segel zu streichen. Aber die Gewerkschaftsführer sind nicht die Erbitterung über die zu erwartende Kapitulation der Gewerkschaftsführer groß. Am 9. September fand in Berlin eine Ortsverwaltungsitzung des Fabrikarbeiterverbandes statt, wo ein Mitglied der Ortsverwaltung im Hinblick auf die zu erwartenden Beschlüsse des ADGB. zur Notverordnung erklärte:

„Die Beschlüsse der Gewerkschaften sind für uns nicht maßgebend.“

Die Millionen Gewerkschaftsmitglieder werden das gleiche sagen. Es gilt jetzt, die Riesenkraft der deutschen Gewerkschaftsorganisationen unter oppositioneller Führung zum Kampf gegen das Papen-Programm einzusetzen. Die Einheitsfront aller Werktätigen war noch nie so notwendig wie jetzt. Die KPD. und die RSD. zeigen der Arbeiterklasse den Weg.

Solidaritäts-Appell der JMS.

Für die streikenden schlesischen Metallarbeiter

2500 schlesische Metallarbeiter sind gegen einen erneuten vierprozentigen Lohnraub in den Streik getreten. Unter allen Metallarbeitern hat die Erkenntnis Platz gegriffen, daß die Verteilung der nackten Lebensrechte nur mit der Waffe des Streiks möglich ist. Durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch laufenden Lohnraub sind die Löhne soweit herabgesunken, daß Familienväter mit mehreren Kindern, trotzdem sie Arbeit haben, Wohlstandsunterstützung in Anspruch nehmen müssen.

Hilfe tut not!

Die Internationale Arbeiterhilfe, die in tausenden von Fällen selbstlos und in größter Opferwilligkeit bewiesen hat, daß sie erfolgreich Hilfe leistet, wendet sich auch daher bei diesem Streik an alle:

Merzte, Künstler, Gewerbetreibende, Kaufleute, Angestellte, Gewerkschaftler, Arbeiter und Beamte, helft alle!

Erkennt, daß der Kampf der schlesischen Metallarbeiter auch euer Kampf ist. Je weiter die Löhne sinken, je weiter die Unterstützungen abgebaut werden, um so mehr veresendet der Mittelstand. Auch deine Existenz steht auf dem Spiele. Darum helfe alle

mit, den Streik der Metallarbeiter zum Siege zu führen. Unterstützt das Hilfswerk der JMS., das in enger Zusammenarbeit mit den Kampfleitungen für eine gerechte Verteilung eurer Spenden Sorge tragen wird.

Denkt daran, daß die praktische Solidarität die schärfste Waffe aller Werktätigen ist.

Durch praktische Solidarität wurde der Massenstreik der tschechischen Bergarbeiter zum Siege geführt. Durch praktische Solidarität werden auch die belgischen Bergarbeiter siegen. Sorgt durch eure Solidarität dafür, daß auch die schlesischen Metallarbeiter einen vollen Sieg davontragen.

In den nächsten Tagen wird der Solidaritätsausschuß Sammler mit gütigen Listen zu den Werktätigen schicken. Geht alle! Das Geld, dem heute die Metallarbeiter ausgezehrt sind, kann morgen euch ersallen.

Nichts für uns! Alles für die Streikenden!

Es lebe die Solidarität aller Werktätigen und der Kampf gegen Hunger, Krieg und Faschismus!

JMS. Landesleitung Schlesien

Großes Nazi-Waffenlager ausgehoben

13 Gewehre (Modell 98) und 2500 Schuß Munition gefunden

Sprottau, 12. September. Das Wolfische Telegraphenbüro meldet unter dem 10. September aus Sprottau:

Bei den durch Beamte der Landeskriminalpolizei und Landjäger am 9. September in Malschwitz vorgenommenen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen, wurden in der Wohnung des SA-Mannes Hans Burghardt von Diebitz ein Gewehr, Modell 98, und in dem Hause des NSDAP-Mitgliedes und SA-Mannes Kulich 12 Gewehre, Modell 98, und etwa 2500 Schuß Munition gefunden. Die Waffen waren im Stroh verpackt und sollen durch von Diebitz besorgt worden sein. Letzterer hat den Beamten Angaben über die Herkunft der Waffen verweigert. Munition und Waffen wurden sichergestellt. Das Verfahren liegt nunmehr in der Hand der zuständigen Staatsanwaltschaft.

Auch dieser neue Waffenfund bestätigt, daß die Nationalsozialisten zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse rüsten. Diese bewaffnete Unternehmungsarmee, die schwer bewaffnet ist, hat mit die Aufgabe, bei Massenkämpfen der Arbeiterklasse gegen die Hungerangriffe der herrschenden Klasse, für Arbeit, Brot und Freiheit, diese niederzuschlagen. Die Arbeiterklasse darf diesem Treiben der Nationalsozialisten nicht tatenlos zusehen; sie muß vor allem in den Betrieben rote Selbstschußkassen bilden. Jede Provokation der Nationalsozialisten muß zurückgewiesen werden. Die sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerkollegen müssen sich mit in den Roten Selbstschuß eingliedern. Nicht die „Eiserne Front“, sondern die rote Klassenfront, durch die Antifaschistische Aktion der Tat, wird den Faschismus vernichten.

... aus der Wohnung herausholen und dem Gefindel dieselben Wunden beibringen!

NSDAP.-Ortsgruppenleiter fordert offen zum blutigen Terror gegen Antifaschisten auf

Breslau, 12. September. Die „Nationalsozialistische Schlesische Tageszeitung“ veröffentlichte in ihrer Nummer 201 vom 10./11. September 1932 einen Artikel des Ortsgruppenleiters Ernst Matzke, der wie folgt klistet:

„... sollten von Polizei und Behörde diese Ueberfälle nicht verhindert werden, dann werden wir das Notwehrrecht in Anspruch nehmen und jeden Kommunisten, der sich an den Ueberfällen beteiligt, aus der Wohnung herausholen und dem Gefindel dieselben Wunden beibringen, die sie unseren Kameraden beigebracht haben.“

Die SA- und SS-Führer gehen jetzt schon dazu über und drohen ganz offen in der Presse mit ihrem Notwehrterror gegen antifaschistische Arbeiter, die sie als „Gefindel“ beschimpfen. Die sportgelesenen Ueberfälle der Nazibanden auf Arbeiter werden von diesen Leuten ganz reich umgelogen in Ueberfälle der Kommunisten auf Nationalsozialisten. Wir haben sogar mit polizeilichen und gerichtlichen Feststellungen nachweisen können, daß diese Bande ganz einfach Ueberfälle jingiert hatte. Diese Durschen haben sich selbst verurteilt und haben

der Deffentlichkeit weißmachen wollen, daß sie von „Rot-Mord“ überfallen worden sind.

Diese Drohung des Nationalsozialisten Matzke ist eine ernste Warnung an alle Arbeiter. Der beste Schutz für das Leben der Arbeiterklasse ist der rote Massenelbstschuß, die Antifaschistische Aktion der Tat gegen den faschistischen Terror.

Rüffelt zur Einberufung vom 2.-9. Oktober

Jeder Antifaschist muß Leser der KPD.-Presse sein!

Der liebe Gott mag entscheiden

Wie sehr der Kirche und den Pfaffen daran liegt, die Arbeiterklasse von den Tageskämpfen abzuwenden, beweist ein Schreiben des katholischen Pfarrers Johanning aus Cuxhaven an eine Arbeiterfamilie in Schlesien.

„Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß Ihr Sohn sich nicht kirchlich traueu läßt. Habe ihm darauf hingewiesen, daß die Ehe ungültig und er selbst von der katholischen Kirche ausgeschlossen sei, aber es ist ihm alles gleichgültig.“

Mit sehr. Grüßen Johanning, Pfarrer.

Der Pfaffe will die Eltern dafür bestrafen wissen, daß der Sohn erkannt hat, daß er nicht mehr in die Reihen der „Glaubigen“ gehört. Es ist unsere Aufgabe, hier in den Reihen der Arbeiter und Werktätigen aufzuklären zu wirken.

Die neue Welle der Hungernotverordnungen und der gesteigerten Kriegeshege gegen die Sowjetunion sowie die Errichtung der Stand- und Sondergerichte mit mittelalterlich grausamen Urteilen gegen die Arbeiterklasse ist eingeleitet worden durch das Verbot des VpFD.

Der proletarische Freiendler-Verband ist zwar verboten, aber der Kampf des Freiendlers kann nie unterbunden werden. Tausende von Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzettelungen müssen unserem Massenfeinde beweisen, daß der revolutionäre Kampfgeist lebt und muß den christlichen und sozialdemokratischen Arbeitern den Weg zur roten Einheitsfront zeigen.

Ihr christlich-sozialdemokratischen Arbeiter und Frauen, meidet den Betrug der SPD-Führer, die euch zur Kirchenwahl aufrufen. Eure Parole ist unsere Parole:

Heraus aus der Kirche!

Betriebsarbeiter! Aufgepaßt!

Die neue Notverordnung sieht die Beseitigung des Tarifrechts vor. Der Lohn kann bis 27 Prozent gekürzt werden.

Der Reichstag, das Parlament der Kapitalisten, ist aufgelöst worden. Selbst die Stimme des Proletariats soll damit zum Schweigen gebracht werden!

Wir zeigen euch den Ausweg!

Deshalb kommt am Freitag, dem 16. September, abends 8 Uhr, in den „Oberstrom“, Uferstraße.

Ihr müßt sofort in jedem Betrieb Delegierte und Gäfte dazu wählen! Es darf kein Betrieb, und sei es auch der kleinste, fehlen. Bezirkskomitee der AGD. Schlesien.

Bilanz der Woche im Lobe-Theater

Gustav Freitag „Journalisten“ aus der Mottentische!

Mit einem schlechten Ensemble ein gutes Stück zu spielen, ist ungeschickt, aber mit dem guten Ensemble des Lobe-Theaters einen alten, steifen Ladenhüter und Lädenbühner, noch einmal aufzuwärmen, ist unverantwortlich. Als ob es nicht genügend bessere Lustspiele, bessere Dramen gäbe.

Die Schauspieler, unter denen besonders Helene Dietrich, Menschel, Jnger und Scherger lobend zu vermerken sind, quälten sich sichtlich mit dem trodenen, zähen Stoff ab, der einen Geruch von Moder, Staub und Spinnweben ausströmte.

Ist Sowjetdeutschland möglich

Durch die Papen-Notverordnung wird die wirtschaftliche Lage der Arbeiter unerträglich, so daß es nur einen Ausweg gibt: „Sowjetdeutschland.“

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau. Dienstag, den 13. September, um 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17, Uferungabende. Mitgliederversammlung am Dienstag, 27. September, mit Vortrag.

Die Diensträume der Blodstelle II der Fachabteilung 7 des städtischen Fürsorgeamtes, wurden gestern von Leisingplatz 3 nach Michaelisstraße 48, für die Buchstaben A einschließlich R und nach Weinrichstraße 12 für die Buchstaben S einschließlich Z verlegt.

Hutarbeiter, gebt acht!

Gewerkschaftsbürokratie Arm in Arm mit den Unternehmern gegen die Arbeiterchaft

Breslau. Die Mitgliederversammlung des Hutarbeiterverbandes vom 30. August war wieder ein Beweis, wie die Verbandsbürokratie die Arbeiterchaft widerstandslos den Kaufplänen der Unternehmer preisgibt.

In der Diskussion sprachen einige Kollegen gegen die Verschlechterungen und dem geplanten Abbau der Löhne, was von Adler als „harmlos“ hingestellt wurde. Die Kollegen brachten zum Ausdruck, daß sie anderer Meinung sind.

Eine Kollegin von der Opposition wandte sich gleichfalls gegen den Versuch Adlers, alle Verschlechterungen als nicht wesentlich hin-

Sitzung der politischen Vertrauensleute der Haase-Brauerei

Breslau. Am Mittwoch voriger Woche fand im „Goldenen Kreuz“, Klosterstraße, eine Sitzung der politischen Vertrauensleute des Haasebetriebes statt. Als erster Redner sprach der Genosse Schubert. Er zeigte in einem Referat die politische Situation kurz auf, wies auf die Rolle der Gewerkschaftsführer hin, die aus Angst vor der Wahrheit am Sonntag in der Belegschaftsversammlung über deren Verlauf die „M.Z.“ bereits berichtete.

In den Diskussionen begrüßten die Kollegen die Kampfmaßnahmen und verpflichteten sich dafür zu sorgen, daß beim Appell des Stadtteils Ost marschieren wird. Weiter sprach in der Diskussion ein Mitglied des Kampfausschusses der Parteiliderverwaltung.

An alle oppositionellen Gewerkschaftler!

Alle oppositionellen Gewerkschaftler halten sich für Mittwoch, den 14. September, 20 Uhr, frei, da an diesem Tage wichtige Oppositionssitzungen stattfinden, und zwar:

- Metall: Turmhof, Antonienstraße. Bau und Holz: Oberstrom, Uferstraße. Buchdrucker: Schnieder, Uferstraße. Gesamtverband: Neue Antonienstraße 2. Angestellte: Pechke, Brüderstraße.

Für alle übrigen Fraktionen: Heider, Mäntelergasse 11.

Nazi kliebt ein Auto

Mittwoch, nachts gegen 1 Uhr, beobachtete ein Arbeiter, wie ein Nazi ein vor dem Café „Waterland“ stehendes Auto bestieg und davonfuhr. Kurze Zeit danach erschien der Besitzer dieses Wagens und bemerkte zu seinem Schrecken, daß das Auto verschwunden ist.

Auch schon Herr Sturmführer — Stempeln?

Trotzdem die Sturmführer der SA ein ganz schönes Taschengeld beziehen, geniert sich der Herr SA-Führer Baum nicht, sich jeden Dienstag vormittag gegen 9 1/2 Uhr, seine Unterfertigung auf der Krullnerstraße zu holen und powert auf diese Art genau wie das „rote Untermenschenrum“ den Papenschen Wohlfahrtsstaat aus.

Antifaschisten trinken kein Nazibier

Die Tochter des Gastwirts Klatt, Messergasse 13, legt nur auf Nazigäfte Gewicht, wie sie einem Antifaschisten erklärte. Wer Nazibier trinken will, besuche also obiges Lokal.

Rückwärtsloser Hauspächter und Geschäftsmann

Brieg. Die Methoden des Dritten Reiches bekommen bereits die Einwohner des Hauses Wollkestraße 11 zu spüren, wo der Bäder-

austellen. Sie erklärte, daß es jetzt gilt, den Lohnabbau-Plan der Unternehmer zunichte zu machen. Bis zum 1. November sind nur wenige Monate. Man muß jetzt schon dazu übergehen, den Streik zu organisieren, da der Streik eine der stärksten Waffen ist, die die Arbeiterchaft besitzt.

Der Verbandsbunze fühlte sich berufen, die Abstimmung dieser Entschlieung zu verhindern. Er verleumdete die Kollegin auf jede Art und Weise und drohte selbst mit dem Ausschluß aus dem Verbande. Mit welchen Mitteln er jede Kritik auszuschalten versuchte, beweist ja, daß er immer wieder, wenn die Kollegen etwas kritis-

Leider gelang es ihm, noch einmal mit seinen Redensarten die Kollegen mundtot zu machen. Die Kollegen und Kolleginnen müßten und werden begreifen, daß es jetzt gilt, die Opposition zu stärken und alle Vorbereitungen für den Kampf gegen Unternehmervöllerei zu schaffen. Der Streik ist die beste Waffe der Arbeiterchaft.

Jetzt gilt es, für die Hutarbeiterchaft, die Lehren daraus zu ziehen und die Betriebe streikreif zu machen.

Nur durch den Kampf werden die Unternehmer auf die Anis gezwungen werden.

meister Wagner haust. Jeden Anlag benutzt derselbe, um mit Kommunistenbanden herumzuwerfen. Selbst die Kinder haben vor diesem famosen Hauspächter und besonders vor diesem „Feldwebel“ keine Ruhe; letztere wagt es sogar, die Kinder zu schlagen. Ein Mieter des Hauses, dem es nicht möglich war, pünktlich am 1. September die Miete zu zahlen, erhielt prompt am 5. des Monats einen Zahlungsbefehl. Einem anderen Mieter, der, wie berichtet wird, für Juli und August die Miete im Rückstande ist, nahm er frech den Handwagen weg und schloß ihn in seine Badstube ein, obwohl der Wagen nicht mal dem betreffenden Mieter, sondern dessen Vater gehört. Als der Eigentümer des Wagens und dessen Ehefrau die Herausgabe des Wagens forderte, schlug dieser Rohling von Bädermeister auf den Mann ein und traf ihn ins Gesicht; die Frau des Mieters stieß er in den Unterleib, so daß sie laut aufschrie. Die „Meißner“ scheute sich nicht, die Leute noch obendrein mit Wasser zu begießen. So sieht dieser Hauspächter und Bädermeister Wagner nicht seiner Gemahlin aus, die Hausbewohner mit Spikbuben und dergleichen beschimpfen, obwohl sie keinerlei Anlag dazu haben.

Faschistentheater in Brieg

(Arbeiterkorrespondenz.)

In der letzten Stadtverordnetenversammlung hatten die „Herren“ Nazis keine größere Sorge, bei der Beratung des Hungeretats, als daß man in den Volksschulen die Herrschaft der Geißlichen über die Kinder ergehen lassen soll, damit sie im fortgeschrittenen Alter besser ausgebeutet werden können.

„Juda verrede!“ ist das Schlagwort der Nazis. Ob es auch die Angestellten des Brieger Brauhauses, wie Herr Bachmann und seine Bürofreunde, seinem Chef in die Ohren brüllen. Wenn die Angestellten des Betriebes so „national“ wären, wie sie tun, sollten sie doch den Dienst dem jüdischen Kapital verweigern. Hier wird es in Zukunft an der gesamten Belegschaft liegen, diese faschistischen Elemente aus dem Betriebe zu entfernen.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokale: Adolf Koplowitz in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibitzer Straße 20.

Am Sonntag, dem 11. September, 23 Uhr, starb nach langem und schweren Leiden unsere liebe Großmutter, Tante, Großtante, Schwägerin

Frau Ottilie Thomas

im 75. Lebensjahr ihr Leben war Arbeit und nie erlahmende Sorge für uns Breslau, Neiß, Berlin, den 13. September 1932 Bahnhofstraße 21

Im Namen aller Verwandten

Alfred u. Kurt Thomas als Enkelöhne Die Beerdigung findet Mittwoch, 16 Uhr von der Halle I des Kommunalfriedhofes in Oswitz aus statt

Die Streiffront der Metallarbeiter unerfütterlich

Polizeiterror und Sondergerichtsjustiz gegen Meskner Metallarbeiter Streikbrecher-Dienstbefehle der NSDAP werden von den Naziproleten nicht mehr befolgt Der Streik geht weiter!

Meskn. Am 10. September war die streikende Belegschaft um 3 Uhr, zum Empfang ihres Lohnes bestellt, trotzdem die Streikleitung ausdrücklich erlucht hatte, den Lohn am Vormittag anzuzahlen. Als die Kollegen am Lohnbüro ihr Geld in Empfang nehmen wollten, wurden sie nach dem Kantinenaal am Haupteingang der Waggonfabrik dirigiert. Das Geld war um 3 Uhr nicht zur Stelle, sondern erst kurz vor Arbeitschluss, sobald selbst der leitende Polizeibeamte über die Verzögerung unwillig wurde. Infolge dieser verspäteten Auszahlung, mußte es also zu einer Behinderung der Streikenden mit den Streikbrechern kommen. Dieses wollte die Streikleitung mit ihrer Forderung, den Lohn am Vormittag anzuzahlen, verhindern und

es erweist den Anschein, als ob von maßgebender Seite der Firma auf diese Ansammlung bei Arbeitschluss Wert gelegt wurde, um eine Begründung für ihre Forderung nach erhöhtem polizeilichem Schutz zu haben.

Die Meskner Firma ist zu ganz ungeduldsfähigen Maßnahmen übergegangen. Kalte Darstellungen, Uebersallkommando und Vandalerei sollen die Streikenden gefügig machen. Es ist ganz offensichtlich, daß in Meskn bei Christoph und Humal maßgebende und verhältnismäßig sehr junge Herren um ihre eigene Position und Existenz ringen und zur Erreichung ihres Wohlergehens sich nicht scheuen

Meskn Einwohner und auch solche, welche jahrzehntelang der Firma ihre Dienste geleistet haben, der Staatsanwaltschaft und den bescheidenen Sondergerichten zu überweisen.

Durch lägerliche Darstellungen gelang es der Firma, in den ersten Streiktagen einige Arbeiter zu irretieren, so daß diese in den Betrieb zurückkehrten. Verstärkt wurde dieses, als Dienstag die NSDAP offiziell ihre Anhänger aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die kämpfenden Kollegen sind dieser kritischen Situation nicht mit Gewalttätigkeiten und Bedrohungen, sondern mit der moralischen Befestigung des Streikbruchs gegenübergetreten. Was nicht ausbleiben konnte, fehlte auch wirklich ein

Schon am Donnerstag morgen kamen die Kollegen zu Tugenden wieder aus den Betrieben heraus. Die Naziproleten haben Freitag abend erklärt, daß sie sich geschlossen wieder am Streik beteiligen, was auch inzwischen eingetreten ist.

Die streikende Front steht zur Zeit fester, als in den ersten Stunden des Kampfes. Einige Firmen haben bereits die Forderungen der Metallarbeiter bewilligt. Diese Tatsache wird alle übrigen Streikenden in ihrem Kampf gegen den Lohnraub bestärken. Sobald die Kollegen in voller Arbeit, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit zusammenstehen, ist keine Streikbrecherpartei, wie es die NSDAP ist, keine Unternehmerwillkür und kein Polizeiterror möglich, die Streikfront zu sprengen. Die Metallarbeiter der übrigen Betriebe die befreit werden, müssen die Streikfront genau so fest schmieden, wie sie in Meskn steht.

Kein Handschlag, bevor nicht der letzte Pfennig Lohnraub zurückgenommen ist. Das gilt auch für die Arbeiter der übrigen Industriezweige und ist die einzig konsequente Antwort auf die Lohnraub-Verordnung der Papen-Regierung.

Richtung! Kumpels der Fuchsrube!

Am Freitag, dem 16. September, bringen wir eine Sonderseite aus der Fuchsrube. Eure eigenen Kameraden sprechen zu euch. Trefft schon jetzt alle Vorbereitungen zu einem Massenumlauf!

Im Zeichen der Antifaschistischen Aktion!

Liegnitz. In Liegnitz sprach der Genosse Sandner, MdK, in einer sehr gut besuchten Versammlung, unter begeisterten Beifall wird folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 9. September in der SPD-Versammlung im Wintergarten in Liegnitz versammelten Arbeiter protestieren gegen die Sondergerichte Papens, die nur geschaffen sind, um mit dem Mittel des blutigsten Justizterrors, die Arbeiterschaft einzuschüchtern, um den Kampf der Arbeiter gegen Hunger und Elend zu hemmen. Sie protestieren gegen die neue Notverordnung Papens, die den Reichen Milliarden Mark in den Taschen wirft und den Armen das letzte Stück Brot durch Lohn- unter Unterdrückungsraub vom Tische nimmt.“

Sie geloben im Zeichen der Antifaschistischen Aktion ihre volle Kraft einzusetzen, um die gesamte deutsche Arbeiterklasse im Betrieb und auf der Stempelstelle zu mobilisieren zum außerparlamentarischen Massenkampf, gegen Hungernotverordnung und zur Befreiung der Papen-Regierung und dem faulen, kapitalistischen System.

In diesem Sinne begrüßen die Anwesenden den Streik auch der Liegnitzer Metallarbeiter und geloben alles anzusetzen, um ihn auf breitere Grundlage zu stellen, mitzuarbeiten bis zu seinem siegreichen Ende. Nur der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterklasse, unter Führung der SPD, wird Not und Elend der Arbeiter ein Ende machen und trotz Standgerichte Zuchthausmauern werden Platz machen müssen, die Papen und Co. der siegreichen Arbeiterklasse.“

Fellhammer. Im Zeichen der Kampfwoche des RME fand als Protest gegen die neue Notverordnung, eine gutbesuchte öffentliche Versammlung statt. Genosse Kollhoff, Berlin, vertrat es in ausgereicherter Weise, die faschistische Entwicklung in Deutschland aufzuzeigen. Er kennzeichnete die Ungeheuerlichkeit der neuen Notverordnung und zeigte auf den Weg des Widerstandes. Als Vorbild zog er in Betracht den Kampf der Metallarbeiter und Neubauer.

Hilferrbewegung erzieht Mörder

Freiburg. Die Mitglieder der Hitlerjugend, der 13jährige Herbert Berger und der 17jährige Richard Wed, üben sich schon frühzeitig — wahrscheinlich auf Anweisung ihrer Führer — zum Arbeitermord. Im Hofe des Fabrikhauses der Spinnerei Sandstraße bearbeiteten diese eine Strohpuppe mit langen Messern und brüllten dazu: „Du roter Hund, wir stechen dich tot!“ Der 13jährige Berger schlug darauf auf ein 6jähriges Arbeiterkind mit den Worten ein: „Du roter Hund, ich schlag dich tot!“ Ein Arbeiter, der sich einmischte, wurde mit den Worten tituliert: „Verfluchter Hund, ich hole den SS-Mann Wed, der schlägt dich tot!“ Tatsächlich kam auch der betreffende SS-Mann und wollte den Arbeiter verprügeln. Durch das Hinzukommen eines anderen Arbeiters wurde eine Schlägerei verhindert.

Ein ähnliches Subjekt ist der SS-Mann Adolf Springer, der weder lesen noch schreiben kann. Er brachte es fertig, seine ehemalige Braut, die von ihm nichts mehr wissen will, zu verprügeln, so daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Er betätigt sich in Freiburg für die Nazis als Propagandist gegen die Arbeiter. Seine ehemalige Braut denunzierte er vor dem Wohlfahrtsamt, wo er angab, daß diese Frau vielzuviel Geld bekomme.

An diesen Beispielen können die Arbeiter und Werktätigen erkennen, welche Subjekte in der Hilferrbewegung Platz haben. Kein ehrlicher Arbeiter kann in einer Reihe mit diesen Elementen stehen. Der Platz jedes ehrlichen Arbeiters ist in der Antifaschistischen Aktion.

Antifaschistische Aktion auf dem Gutshofe

Gutsarbeiter beantworten die Entlassung von einer Arbeiterin und einem Arbeiter mit Streikbeschluss — Ausbezahlung der zurückgehaltenen Entgeltzulagen gefordert

Stefanshain, Kreis Schweidnitz. Auf dem Gutshof des Herrn von Lieritz herrscht unter den Arbeitern eine große Empörung. Auf dem 3000 Morgen großen Gut sind 50 bis 60 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Der Grund zu der Empörung ist die Entlassung der Arbeiterin Meskner, welche schon 13 Jahre auf dem Gutshofe beschäftigt ist. Die Arbeiterin hatte sich zwei Handvoll Körner genommen. Im selben Moment kam der Inspektor und gab der Arbeiterin einen brutalen Stoß, so daß diese zu Boden fiel, und rief: „Sie sind entlassen!“ Als der Arbeiter Paul Sperling auf dem Gutshof gegen die Entlassung Stellung nahm, wurde auch er entlassen. Auf Grund der zwei Entlassungen traten die Arbeiter und Arbeiterinnen noch am selben Abend zu einer Belegschaftsversammlung zusammen. In der Belegschaftsversammlung wurde ein Ultimatum an die Gutsverwaltung beschließen, das folgenden Inhalt hat:

„Sofortige Einstellung der zu unrecht entlassenen Frau Meskner und des Arbeiters Paul Sperling, Nachzahlung der zurückgehaltenen Entgeltzulagen, Stellung einer Kinderfrau durch den Betrieb, Wiederhergabe des elektrischen Lichtes.“

Es wurde eine Verhandlungskommission gewählt, die das Ultimatum der Gutsverwaltung vorbrachte. Die Gutsverwaltung lehnte die gewählte Kommission mit der Begründung ab, daß sie nur mit dem Betriebsrat verhandle. Die Entlassung des Arbeiters Sperling wurde zurückgenommen.

Als am 10. September die Arbeiter noch fünf Minuten nach 7 Uhr abends auf dem Felde mit der Gemeinmüt be beschäftigt waren, trat der Majoritätent: „Es wäre zu viel, eine halbe Ueberstunde für jeden zu schreiben. Ich will ich auch jedem sechs Zigaretten geben.“ Mit dieser Methode wollte der Betreffende im Auftrag der Gutsverwaltung die empörten Arbeiter herunterschlagen und die vorhergehende Parteistimmung abschwächen. Die Arbeiter nahmen die Zigaretten nicht an, gelochten sich aber gegenseitig, trotzdem auf ihren Kampfzwecken zu bestehen. Am 11. September wurde nun der Betriebsrat bei der Gutsverwaltung vorstellig. Zu der Forderung auf Wiedereinstellung der Frau Meskner erklärte der Inspektor: „Ich habe die Frau Meskner unter der Bedingung wieder ein, daß sie ihre Unterstellung dafür leistet, nie wieder etwas zu entwenden, und mir sofort keine Mitteilung zu machen, wenn andere Arbeitkollegen sich unrichtige Sachen aneignen, die ihnen nicht gehören.“ Der Betriebsrat verfuhr auf diese Art die alte, schliche und Heuchlerische Arbeiterfrau zum Betriebspfehl zu machen. Das wird ihm allerdings nicht gelingen. Zu der Forderung auf sofortige Ausbezahlung der Entgeltzulagen, erklärte der Inspektor:

„Ich brauche sie nicht zu zahlen, das haben die Gewerkschaften und der Schlichter entschieden.“

Die Arbeiter haben sich also gegenüber den kämpfenden Landarbeitern auf die Gewerkschaften verlassen. Die Gewerkschaftsführer sind für die Gutsbesitzer der höhere Garant, um den Lohnraub mit Hilfe durchzuführen. Lange wird ihnen das allerdings nicht mehr gelingen. Der Inspektor erklärte dem Betriebsrat: „Ich weiß schon, daß der Generalstreik kommt, wir werden leben, wer den streiken nicht.“ Sind die Gutsarbeiter und Arbeiterinnen einzig in ihrem Kampf, denn wird bestimmt der Gutsbesitzer den kürzeren ziehen. Die Belegschaft nahm den Bericht des Betriebsrates von

der Verhandlung mit dem Inspektor mit größter Empörung entgegen.

Die Versammelten faßten den Beschluss, am anderen Tag nochmals wegen der gestellten Forderung vorstellig zu werden und bei nochmaliger Ablehnung sofort geschlossen in den Streik zu treten.

Die Gutsarbeiter von Stefanshain bringen damit zum Ausdruck, daß sie nicht länger gewillt sind, unter den jetzigen Hungerlöhnen weiter zu arbeiten und sich den Maßnahmen der Hunger mehrlos zu beugen. Der Streik der Gutsarbeiter in Pöschendorf bei Sagan hat gezeigt, daß auch das Landproletariat erfolgreiche Streiks um ihre Forderungen führen kann. Die Landarbeiter von Stefanshain werden nach diesem und nach dem Beispiel der schlesischen Metallarbeiter handeln.

Warnung vor einem Schwindler

Waldenburg. Uns wird gemeldet: Ein Unbekannter versucht, unter Mißbrauch von Namen bekannter Funktionäre, die ihn schiden sollen, nach Vorzeigung eines Mitgliedsbuches der „Roten Hilfe“ Lebensmittel jeder Art zu erschwindeln. Der Schwindler ist circa 1,75 Meter bei 1,50 Meter groß und durch auffallend große Zahnlücken leicht erkennbar. Er gibt an, Mitglied des Reichsbanner in Fellhammer zu sein. Wo der Schwindler wieder auftauchen sollte, legt sofort einen leitenden Funktionär des Ortes in Kenntnis, nehmt dem Betreffenden die Papiere ab.

Jungkumpels!

Streikbereit gegen jeden Pfennig Lohnraub! Wählt Delegierte zur Einheitskonferenz der jungen Bergarbeiter am 18. September in Waldenburg!

Aus der Stadtverordnetensitzung Liegnitz:

Geld für Polizei und Arbeitsdienst — für die Hungerigen nichts!

Liegnitz. Der Vorsteher eröffnet die 1. Sitzung nach den Ferien mit dem Wunsch, daß sich die Mitglieder dieses Hauses „gut erholt“ haben mögen. Da einige darunter sind, die von den paar Pfennigen Unterstützung leben müssen, ist dies eine Verhöhnung. Die Wiederwahl des Wohlfahrtsdezernenten wird noch einmal vertagt, weil die Rechtsfraktion einen Antrag auf Einsparung dieser Stelle einbringt. Unsere Stellungnahme zur Futterrippenpolitik ist bekannt, wir durchschauen aber das Manöver der Rechten, die jetzt einsparen wollen, um dann einen ihrer Pökenjäger auf diesen Platz zu bringen. Der Verzögerung der Erwerbslosenbedingung um vier Stellen, wird zugestimmt. Dem jetzt so glücklichen Siedlern werden die Augen aufgehen. Zwei Vorlagen fordern Geld für die Polizei, für die unsere Stadtväter ja immer Gelder zu Verfügung haben. Wieder ist eine Vorlage zu beraten, trotz Ebbe in der Kasse, Geldmittel für den Arbeitsdienst bereitzustellen. Längere Ausführungen dazu macht der SPD ist Höer. Grundtätiglich dagegen, aber doch dafür, wenn nur eine der projektierten Arbeiten in Wegfall kommt. Im Ausschuss haben die „Arbeitervertreter“ dafür gestimmt.

Genosse Pechel zeigt unsere Stellungnahme zur Arbeitsdienstpflicht und lehnt für die jungen Proleten diese Arbeit für Kasernenhoffstraß und ein paar Pfennige, verbunden mit Rommigkeit und militärischen Drill, ab.

Eine unerhörte Provokation erlaubt sich der Vorsteher, der unserem Genossen rät, hier nicht solche Töne zu rälären, sondern nach Rußland zu gehen, wo Zwangsarbeit bei niedrigem Lohn verlangt würde. Wir wissen nicht, aus welcher Antifaschistischen Zentrale der Herr seine Informationen bezieht. Aber ein Mitglied der Stadtverordneten kennt Rußland und berichtet etwas Gegenteiliges wie der Kaufmann Rosenberger, der immer noch Arbeiterlandwirtschaft hat. (Wie lange noch?) Wir werden nicht nach Rußland wandern, wie er es wünscht, sondern dafür sorgen, daß auch bald in Deutschland „russische Verhältnisse“ eintreten, damit die, die jetzt auf Kosten der Arbeiter faulenzgen, auch einmal arbeiten lernen, aber eben verdienen. Nur weil der Antrag auf Streichung der einen Position abgelehnt wird, nimmt SPD. und der Kazi gegen die Vorlage, die aber mit 18 zu 18 Stimmen angenommen wird. Der Kazi beteuert,

daß er für Arbeitsdienst ist. In der Fraktion der SPD. wird es allerhand Stunk geben, weil zwei Arrevolutionäre sich vor der Abstimmung drückten. Die Vorlage des Krankenhauses wurde als Musterbeispiel, wie es gemacht werden soll, bezeichnet. Nach langer Debatte wurde dem Umbau zugestimmt, die Beratung im Ausschuss aber nochmals verlangt.

Eine Eingabe der Linksfractionen fordert die Aufhebung eines Magistratsbeschlusses. Dieser hat bekanntlich die Freigrenze für Wohnungen auf solche mit 200 Mark Friedensmiete herabgesetzt. Der Dezernent gab zu, daß er damit einem Wunsch des Grundbesitzervereins nachgegeben ist. Der Mieterklubverein will Material bringen, daß sich diese Maßnahme gegen die Besitzer von Kleinwohnungen auswirkt. Wir wissen, daß auch die Wohnungsfrage für die Werktätigen erst gelöst wird, nach der Machtübernahme durch diese Werktätigen.

Arbeiter-Radfahrerverein Peiswitz beschließt Beitritt zur Roten Hilfe

Die am Sonnabend in Peiswitz tagende Mitgliederversammlung des Arbeiter-Radfahrer-Vereins „Solidarität“, nahm Stellung zu der politischen Lage und den Sondergerichten mit ihrem Terrorzustellen gegen Klassenbewußte Arbeiter. Nach einer eingehenden Aussprache, beschloßen sämtliche Anwesenden, geschlossen als Einzelmitglieder der Roten Hilfe beizutreten. Genossen, nicht nachlassen. Rote Hilfe tut not, verbreitet die Rote Hilfe und schafft überall rote Helfer.

Warnung vor Parteischädling

Waldenburg. Josef Spittler, Nieder-Zalsbrunn, ist Anfang Juli 1932 wegen parteischädigendem Verhalten aus der SPD. ausgeschlossen worden. Da Sp. bis heute sich weigert, sein Parteibuch zurückzugeben, warnen wir alle Parteigenossen, die Mitglieder der revolutionären Massenorganisation und die Arbeiterschaft und bitten den Mißbrauch des Parteibuches, sofort der Bezirksleitung der SPD. zu melden, bezw. dem Betreffenden das Mitgliedsbuch abzunehmen.

Genosse Ernst Reiterer abgehoben

Waldenburg. Freitag mittig zwischen 11 und 12 Uhr, ist Genosse Reiterer von Waldenburg an die österr. reichliche Grenze abgehoben worden.

Nicht eine Stunde Zeit wurde ihm gelassen, um seine Sachen zu ordnen. Zigaretten, Tabak und Streichhölzer wurden ihm von der Polizei abgenommen.

Die „Deutsche Republik“ ist gerettet. Ein revolutionärer Kämpfer ist abgeschüttelt worden. Damit ist aber die Voraussetzung zur proletarischen Revolution nicht genommen. Neue taubende, hunderttausende und Millionen Kämpfer für die proletarische Revolution reihen sich ein. Stärkt die Antifaschistische Aktion! Her zum Roten Massenstreik! Es lebe der Kampf gegen Lohn- und Unterdrückungsraub, gegen Unternehmer- und Faschistenterror, für ein Sowjetdeutschland!